

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 154

FRÜHJAHR 2004

€ 0,50

Gewerkschaften müssen Angriffe der SPD/Grünen-Regierung zurückschlagen! Brecht mit der Sozialdemokratie, SPD und PDS!



pemü



indymedia

Massenproteste von über 500 000 Arbeitern, Arbeitslosen, Jugendlichen, Frauen und Immigranten in Berlin (links), Stuttgart (rechts) und Köln am 3. April gegen Sozialraub der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung

Den nachfolgenden Artikel verkauften wir als Vorabdruck bei den Massendemonstrationen am 3. April, bei denen 500 000 gegen die Agenda 2010 von SPD/Grünen protestierten.

Schröder ist als SPD-Vorsitzender zurückgetreten, weil die SPD massiv an Unterstützung in der Arbeiterklasse verliert und Müntefering die Sache wieder hinbiegen soll. Es ist gut, dass die SPD in der Krise ist, denn dadurch werden Möglichkeiten eröffnet, Arbeiter von sozialdemokratischem Reformismus zu brechen. Sozialdemokratische IG-Metall- und Ver.di-Funktionäre denken laut darüber nach, wegen der Angriffe der SPD/Grünen-Regierung auf den „Sozialstaat“ eine neue „Linkspartei“ oder eine „Wahlalternative“ aufzumachen. Die SPD-Führung reagiert mit Zuckerbrot und Peitsche: Einerseits wurden die Initiatoren und alle ihre Unterstützer mit Ausschlüssen bedroht. Andererseits jettet Schröder nach Frankfurt, um IG-Metall-Boss Peters zum Geburtstag zu gratulieren, damit dieser der SPD die Treue hält und die Sache nicht zum Flächenbrand wird.

Es ist dringend notwendig, mit der Politik sozialdemokratischer Klassenzusammenarbeit zu brechen. Trotz der massiven Wut in der Arbeiterklasse über Schröders Agenda 2010 unternimmt die sozialdemokratische Gewerkschafts-

bürokratie aber alles, den Kampf der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische Ausbeutersystem zu lähmen, um ihren Kumpels auf der Regierungsbank keinen Ärger zu machen. Der Abbruch der Streiks im Osten letztes Jahr sowie der Ausverkauf der IG-Metall-Tarifrunde zu Beginn dieses Jahres hat dies noch einmal gezeigt. Für noch größere Teile der Metall- und Elektroindustrie hat die IG-Metall-Bürokratie eine reale Wiedereinführung der 40-Stundenwoche zugelassen, damit es nur ja nicht zu Streiks kommt. Während alles, was den Würgegriff der Sozialdemokratie, ob SPD oder PDS, auf die Arbeiterklasse lockern und brechen kann, von uns Revolutionären begrüßt wird, sind die Initiativen der IGM- und Ver.di-Funktionäre aber bestenfalls halbherzig. So schreibt die „Wahlalternative“: „Um politisch voran zu kommen, ist eine ernst zu nehmende wahlpolitische Alternative nötig, die den außerparlamentarisch in der Gesellschaft entwickelten Druck ins politische System transformiert. Dies erscheint schon allein deshalb sinnvoll, um der weiteren Rechtsentwicklung der SPD eine Schranke zu setzen“ (Hervorhebung im Original). Notwendig ist nicht, die SPD auf einen besseren Kurs zu zwingen, sondern die Gewerkschaften

Fortgesetzt auf Seite 2

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Gewerkschaften...

Fortsetzung von Seite 1

müssen die Angriffe der Regierung durch Streiks und Mobilisierungen zurückschlagen. Solch harter Klassenkampf würde das Bewusstsein der Arbeiterklasse in ihre eigene Kraft und als unabhängiger Faktor stärken und kann die Kapitalisten und ihre SPD/Grünen-Regierung in die Knie zwingen. Dazu ist nicht nur der organisatorische Bruch mit SPD und PDS nötig, sondern auch der Bruch mit deren Politik der Klassenzusammenarbeit. Dringend gebraucht wird eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die die vereinzelt Kämpfe zusammenfasst und damit zum Tribun aller Unterdrückten wird. Aufgabe einer solchen leninistischen Avantgardepartei ist es, unter den politisch fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse das Bewusstsein zu schaffen, dass sich nur durch den Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems eine wirklich menschliche, kommunistische Gesellschaft ohne Rassismus, imperialistischen Krieg und Ausbeutung aufbauen lässt!

Während die Agenda Anfang des Jahres zwar Gesetz wurde, bedeutet das überhaupt nicht das Ende der Grausamkeiten und der Angriffe auf die Bevölkerung. Jeden Tag sind die Nachrichten voll mit neuen Sauereien von dieser kapitalistischen Regierung, was nur stärker den einseitigen Krieg gegen die Arbeiterklasse deutlich macht: Rentnern wird ihre hart verdiente Rente gekürzt; wer die immer neuen Zuzahlungen für Medikamente und ärztliche Behandlung nicht mehr zahlen kann, wird früher sterben; die korrupte Arbeitsamt-Bürokratie gibt Hunderte Millionen Euro für Beraterverträge und Schmiergeldprojekte aus, um die Arbeitslosen weiter zu gängeln und ihre erworbenen, eingezahlten Ansprüche in Almosen zu verwandeln und weiter zu kürzen. Die SPD-Umfragewerte fallen in den Keller und es gibt noch größeren Ärger an der Basis der Partei selbst, wo schon Zehntausende ausgetreten sind. Deshalb hat die SPD-Führung das Manöver durchgeführt, Müntefering die Parteiführung zu geben, in der Hoffnung, dass so die sich auftürmenden Widersprüche durch ein bisschen Arbeitertümelei geglättet werden und der brutale „Reform“-Kurs der Regierung gehalten werden kann. Ob diese Taktik zieht oder nicht, bleibt abzuwarten. Bei der Konferenz der traditionell dem rechten SPD-Flügel zugeordneten Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA) wurde Münteferings Rede „über soziale Gerechtigkeit auf hohem Niveau“ mit Gelächter, Hohn und Spott quittiert und ein Delegierter sagte laut *Frankfurter*

Allgemeine (15. März): „Wir können nicht argumentieren: Ihr könnt die CDU nicht wählen, die amputiert euch zwei Beine. Wählt die SPD, die amputiert euch nur eins.“

Nicht nur an den Wahlurnen wächst die Hitze für die Regierung, sondern auch in Form von Massenprotesten wie denen am 3. April. Um jedoch wirkungsvoll zu sein, dürfen sich die Proteste nicht auf ihren jetzigen engen ökonomischen Rahmen beschränken, während sich die Angriffe der SPD/Grünen-Regierung doch auch ganz massiv gegen demokratische Rechte unter dem Vorwand des „Kampfs gegen den Terrorismus“ richten. Jetzt nutzen die europäischen kapitalistischen Regierungen zynisch das Entsetzen in der Bevölkerung über die verbrecherischen Terroranschläge in Madrid aus, um Nationalismus und antimuslimischen Rassismus zu schüren und das Arsenal staatlicher Repressions- und Kontrollmittel und die rassistische Festung Europa weiter auszubauen. Bürgerkriegsmanöver wie in Hamburg am 27. März, als zwanzig Wasserwerfer und 4000 Polizisten 380 Nazis beschützten, Razzien gegen Moscheen, Razzien gegen alternative Lebensprojekte usw. sind an der Tagesordnung. Heute werden dabei insbesondere Immigranten und ethnische Minderheiten mit muslimischem Hintergrund verschärft ins Visier des bürgerlichen Staates genommen, morgen werden es Linke, Gewerkschafter und alle sein, die sich den allseitigen sozialen Angriffen der Regierung in den Weg stellen.

Auf einer PDS-Veranstaltung in Hamburg am 18. März zur Mobilisierung für den 3. April wurde von einem Sprecher der holländischen Sozialistischen Partei das Arbeitsverbot für Polen nach der EU-Osterweiterung begrüßt und als Erfolg ausgegeben. Niemand vom Podium widersprach dieser chauvinistischen Hetze, die nur die Spaltung der Arbeiter zementieren hilft und direkt den Bossen zuarbeitet. Das Gleiche gilt für die Argumentation der Gewerkschaftsbürokraten über den „Standort Deutschland“, die damit vorgaukeln wollen, dass es ein gemeinsames Interesse der Arbeiter und der Kapitalisten gäbe. Das zeigt, wie das Programm von Klassenzusammenarbeit in der Praxis die Arbeiter entlang nationaler und ethnischer Linien spaltet. Dies steht im Gegensatz zu dem dringend notwendigen gemeinsamen Kampf der polnischen, osteuropäischen und deutschen Gewerkschaften gegen eine immer weitere Senkung von Löhnen und Sozialstandards durch gegenseitiges Auspielen durch die Bosse. So muss die Arbeiterbewegung gegen die rassistische Spaltung der Arbeiterklasse und der Unterdrückten mobilisiert werden und ethnische Minderheiten verteidigen. Nehmt das Beispiel der IG BAU wäh-

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist.redaktion@freenet.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10179 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 154

FRÜHJAHR 2004

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

rend des Bauarbeiterstreiks in Berlin 2002. Portugiesische Arbeiter, die als Streikbrecher angeheuert worden waren, schlossen sich dem Streik an, nachdem Streikposten den Bus gestoppt und eine Delegation der IG BAU mit ihnen gesprochen hatte. Dies wurde von den streikenden Bauarbeitern mit Rufen wie „Hoch die internationale Solidarität!“ begrüßt und trug zum Erfolg des Streiks nicht unwesentlich bei. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle. *Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!*

Die „Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ definiert sich selbst als „ein offenes Bündnis zur Verteidigung unseres Sozialstaats und gerechten Gestaltung unserer Sozialsysteme.“ Das Problem damit ist, dass verschleiert wird, wer hier wirklich die Macht und das Sagen hat. Die Kapitalisten glauben heute – nach der Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion – den „Sozialstaat“ als Alternative zum Sozialismus nicht mehr zu brauchen. Jetzt gehts wieder darum die Profite so hoch zu schrauben, wie es nur geht, nachdem die Gefahr des Kommunismus gebannt zu sein scheint. Die Bundeswehr wird für weltweite Einsätze umgerüstet, damit die deutschen Kapitalisten global bei der Eroberung neuer Märkte mitspielen können. Dies wird über kurz oder lang wieder zu Kriegen zwischen den Imperialisten führen – mit der sehr realen Gefahr der atomaren Auslöschung der Menschheit –, wenn der Kapitalismus nicht vorher gestürzt wird. Eine Verschärfung dieser interimperialistischen Rivalitäten zeigte sich schon während des Irak-Krieges letztes Jahr, als die SPD/Grünen-Regierung den Krieg nicht unterstützte, weil er *den Interessen des deutschen Imperialismus* zuwider lief. *Bundeswehr/NATO/UNO raus aus dem Balkan und Afghanistan!* So, wie SPD und Grüne zentral dafür waren, dass die Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan Krieg führte und heute Teil der imperialistischen Besatzungstruppen ist, so sind sie auch zentral dafür, die Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse im eigenen Land durchzusetzen.

Aber es gibt keine in der Arbeiterklasse verankerte Führung, die eine klare Perspektive zum Kampf gegen die vielfältigen Angriffe zeigt. Wir kämpfen darum, eine solche



got it/Berliner Kurier

Berlin, 3. April: Bullen des SPD/PDS-Senats prügeln auf linke Hausbesetzer ein. Polizei raus aus dem DGB!

Führung zu schmieden. Die Gewerkschaftsbürokratie – selbst mit der SPD verheiratet – war und ist entscheidend dafür, die Opposition unter Kontrolle zu halten und wenn nötig zu demobilisieren. Die andere sozialdemokratische Partei, die PDS, würde sich gerne als die Lösung verkaufen, führt aber selbst die brutalsten Sozialkürzungen in den Länderregierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern durch, wo sie mit der SPD in einer Koalition ist. Heute kommt es darauf an, unter den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften und Betrieben und unter den Protestierenden bei den Massendemonstrationen die berechtigte Wut auf die SPD- und PDS-Regierungspolitik in revolutionäres Klassenbewusstsein umzuwandeln. Dies hat alles damit zu tun, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen, die ein Teil der wiedergeschmiedeten Vierten Internationale sein wird, der notwendigen Weltpartei der sozialistischen Revolution.

Gewerkschaftslinke, die Linke und die Sozialdemokratie

Im Zentrum der Organisation der Massendemonstration gegen den Sozialkahltschlag am 1. November stand die so genannte Gewerkschaftslinke, ein loses Bündnis opposi-

Fortgesetzt auf Seite 4

Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend

Berlin

Lohn, Preis und Profit

Die Gesetze der kapitalistischen Ausbeutung

Mittwoch, 12. Mai 2004, 19.00 Uhr

Das marxistische Verständnis vom kapitalistischen Staat

Mittwoch, 2. Juni 2004, 19.00 Uhr

Wie die Volksfront die Spanische Revolution erdrosselte

Mittwoch, 16. Juni 2004, 19.00 Uhr

Treff: Humboldt-Universität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 208
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

Nieder mit dem rassistischen Kopftuchverbot! Warum der kapitalistische Staat nicht neutral ist

Dienstag, 20. April 2004, 18.30 Uhr

Vom Regen in die Traufe: Anarchismus in revolutionären Situationen

Dienstag, 11. Mai 2004, 18.30 Uhr

Volksfronten sind keine Taktik, sondern das größte Verbrechen!

Dienstag, 1. Juni 2004, 18.30 Uhr

Treff: Universität Hamburg
vor dem Pferdestall, Allendeplatz 1
Kontakt: (0 40) 32 36 44

Gewerkschaften...

Fortsetzung von Seite 3

tioneller Gewerkschafter und linker Gruppen, das vorgibt eine Strategie für die Arbeiter anzubieten, um die Regierungsangriffe zurück zu schlagen. Mitte Januar wurde eine Aktionskonferenz in Frankfurt abgehalten und später ein Treffen in Berlin, um die Lage in den Gewerkschaften, die Agenda 2010 und soziale Proteste wie die Studentenstreiks und die Arbeitsloseninitiativen zu diskutieren. Die Frankfurter Konferenz machte deutlich, dass die Frage: „Wie hältst du's mit der Sozialdemokratie an der Macht?“, die die SPD und Gewerkschaften zerreißt, auch einen Riss in der Linken hervorgerufen hat. Am Ende der Konferenz kam es zum Eklat und zu einer Kampfabstimmung darüber, ob die Konferenz für die Aktionstage am 2./3. April auch zum Streik aufruft. Die Vertreter der kleinbürgerlichen Organisation Attac, die von der Top-Gewerkschaftsbürokratie als linkes Feigenblatt benutzt wird, zeigte ihren Wert als politische Polizei für Sommer, Bsirske, Peters und Co., indem sie zu verhindern suchte, dass das Wort Streik auch nur in der Resolution auftaucht. Dagegen gab es heftigsten Widerstand von Vertrauensleuten und Gewerkschaftsaktivisten, die den Druck ihrer Basis widerspiegelten, endlich Klassenkampf gegen die Kapitalisten und ihre Schröder/Fischer-Regierung zu organisieren.

Diese zentrale Frage wurde aber, trotz aller Kritik an Schröder, immer wieder versucht zu umgehen. Bei der Berliner Konferenz stand einer nach dem Anderen auf, um zu sagen, wie fürchterlich die SPD ist. Ein Betriebsrat erklärte: „16 Jahre haben wir gegen Kohl gekämpft. Dann nach 1998 bekamen wir die gleiche neoliberale Politik von der SPD serviert. Dafür haben wir nicht gekämpft.“ Wir sagten auf der Konferenz, dass eine Opposition in den Gewerkschaften, die dieses Namens wert ist, mit den sozialdemokratischen Parteien brechen muss, die die brutalsten Angriffe auf die Arbeiterklasse durchführen, also mit SPD und PDS und mit der Illusion des parlamentarischen kleineren bels. Dies stieß aber bei den Gewerkschafts„linken“ nicht nur auf wenig Begeisterung, sondern auf wirkliche Ab-

lehnung. Auch wenn Schröder und die SPD verhasst sind, suchen diese Linken, die die Lge der Kapitalisten vom angeblichen „Tod des Kommunismus“ verinnerlicht haben, im Rahmen des kapitalistischen Systems nach einer Antwort auf die sozialen Angriffe und lehnen deshalb unsere Perspektive ab. Der Bruch mit der Politik von Klassenkollaboration ist ein notwendiger Schritt, um die Gewerkschaften in Werkzeuge zu verwandeln, die im Interesse der Arbeiter kämpfen, statt sie der Sozialdemokratie und, durch diese, der Regierung und dem Staat der Bosse unterzuordnen. Doch dieser Bruch bedarf einer revolutionären Perspektive und eines revolutionären Programms, denn die Herrschaft der Kapitalistenklasse ist nicht vereinbar selbst mit den elementarsten Grundbedürfnissen der Massen, wie Arbeit für alle, die hier leben, Löhne, von denen man leben kann, ärztliche Versorgung, ein Auskommen im Alter usw. Akzeptiert man die Herrschaft des Kapitals, muss man sich auch in die notwendigen „Sachzwänge“ dieses Ausbeutungssystem fügen. Die sehr heterogene Gewerkschaftslinker macht jetzt im Namen von gewerkschaftlicher „Militanz“ die Laifarbeit für die DGB-Führung für den 3. April. Die Proteste werden vom DGB gegen den schwachen Widerstand von Arbeitsloseninitiativen und anderen Linken so organisiert, dass möglichst keine Kritik an der Regierung laut wird, wie man an den Rednerliste sehen kann (*junge Welt*, 4. März).

Es ist ein Zeichen für den tiefen Hass auf die Politik der SPD-geführten Regierung, dass die Reformisten und Zentristen, die die SPD jahrelang bei den Wahlen als das kleinere bel unterstützten, jetzt gegen solche Illusionen argumentieren. Bei der Konferenz der Gewerkschaftslinken in Berlin wurde die SPD/Grünen-Regierung als die schlechteste parlamentarische Variante für die Interessen der Arbeiter dargestellt. Die Pseudotrotzkisten von Linksruck fordern jetzt „Schröder muss weg!“ und argumentieren in ihrer Zeitung vom 19. Februar: „Das [die 3.-April-Demo] ist unsere Chance, die Regierung noch tiefer in die Krise zu stürzen und dem Kanzler der Konzerne den Rest zu geben. Wenn Schröder von einer Massenbewegung gegen Sozialabbau aus dem Amt gefegt wird, hat die neoliberale Politik der Herrschenden ihren wichtigsten Rammbock verloren. Jede nachfolgende Regierung hätte es noch schwerer, Kürzungen durchzusetzen.“

Bei einer Organisation, die selbst jahrelang in der SPD war und ewig dafür warb, SPD zu wählen, selbst bei den Wahlen 2002, als sie half, Schröder wieder an die Macht zu bringen, klingt dies wie ein riesiger Schritt in die richtige Richtung. Doch für die Führung von Linksruck ist es nur ein zynisches Manöver. Wie könnte sie auch eine Unterstützung der SPD ihren Mitgliedern im Moment verkaufen? Wie hohl Linksrucks Aufrufe zu militantem Klassenkampf und „Druck von unten“ sind, wird dadurch deutlich, dass Otmar Schreiner, der entscheidend dafür sorgte, dass die gegenwärtigen Angriffe durchgesetzt werden konnten, einer der Hauptredner bei der Berliner Demo am 3. April ist. Praktisch halten Linksruck und Co. für die SPD-Schreiners das Mikro und demoralisieren damit diejenigen, die kämpfen wollen. So machen sie die Laifarbeit auf der Straße für diejenigen, die für das Durchpeitschen der Agenda-2010-Angriffe zentral verantwortlich zeichnen. Wir brauchen einen Bruch mit der Sozialdemokratie, damit diese Kämpfe eben nicht ausverkauft oder ins Parlament für weitere SPD- oder PDS- oder andere kapitalistische Regierungen kanalisiert werden können, die dann das, was mühsam errungen wurde, im Namen der „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ dieses kapitalistischen Systems wieder klauen. Dieses revolutionäre Bewusstsein muss von außen in die

Spartakist-Veranstaltung

„Neue Linkspartei“ und Gewerkschaften

Brecht mit SPD und PDS!

**Für eine revolutionäre
multiethnische Arbeiterpartei!**

**Montag, 10. Mai, 18.00 Uhr
Berlin**

Ort: KATO, Kreuzberg
U-Bahn Schlesisches Tor,
Kontakt: (0 30) 443 94 00

Arbeiterklasse hinein gebracht werden und dafür braucht es eine revolutionäre leninistische Partei, die gegen nationale, rassistische, geschlechtliche und überhaupt jede Art von Unterdrückung kämpft. Diese Konzeption einer Avantgardepartei wird von Linksruck aber vehement abgelehnt: im Namen der Einheit mit rückständigeren Teilen der Arbeiterklasse, aber vor allen Dingen auch im Namen der Einheit mit kleinbürgerlichen Kräften wie Attac, denen sich Linksruck anpasst und unterordnet, angeblich um der „Bewegung“ willen.

Was Linksrucks Programm „Die Reichen sollen zahlen“ angeht, so unterscheidet es sich in nichts von Lafontaines Forderung nach höheren Vermögenssteuern. Bei 7 bis 8 Millionen Arbeitslosen glauben die Bosse einfach am längeren Hebel zu sitzen. Um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, braucht es einen kühnen Kampf für die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände durch eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit. Nur so können die Gewerkschaften verhindern, dass – wie es Hartz versucht – die Arbeitslosen als Knüppel gegen sie eingesetzt werden, und stattdessen Arbeiter und Arbeitslose in enger Solidarität und gegenseitiger Verantwortlichkeit miteinander zu verbinden. Statt von den Kapitalisten nur ein Stückchen ihres Profits zu fordern, müssen wir sie als Klasse entschädigungslos enteignen, ihnen die Quelle ihres Reichtums wegnehmen: die Fabriken, wo sie sich die Waren unter den Nagel reißen, die die Arbeiter herstellen. In einer geplanten Wirtschaft zunächst im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, später weltweit, kann die Arbeiterklasse die Wirtschaft durch Einbeziehung aller, die arbeiten können, so weit entwickeln, dass es keine Not und Elend geben muss. Weil für den Bedarf aller und nicht mehr für den Profit einer winzigen Minderheit gearbeitet werden wird.

Die SAV und die „neue Arbeiterpartei“

Wie widersprüchlich und inkonsequent die Geräusche der reformistischen Linken über das „Brechen“ mit der SPD auch sind, müssen diese doch ernsthaft angesprochen werden, denn sie repräsentieren politische Bewegung in der



Spartakist

Berlin, 3. April: Spartakisten intervenieren in Massenproteste gegen SPD/Grünen-Regierung für revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei

Arbeiterklasse. In diesem Sinne ist die Erklärung der reformistischen SAV – die die Gewerkschaftslinken gelegentlich dafür kritisiert, nicht genügend militant zu sein – die am radikalsten klingende Erklärung zur SPD-Krise. In der SAV-Erklärung vom 9. Februar heißt es: „Gerhard Schröders Rücktritt vom SPD-Parteivorsitz ... symbolisiert den Niedergang der Sozialdemokratie in ihrer Metamorphose von einer bürgerlichen Arbeiterpartei (einer Partei deren Mitglieder weitgehend aus der Arbeiterklasse kamen und die von der Mehrheit der GewerkschafterInnen als ‚ihre‘ Partei gesehen wurde, aber eine pro-kapitalistische Führung hatte) zu einer durch und durch kapitalistischen Partei.“ Und später heißt es: „Dahinter steckt der Wunsch eine Partei mit einem gewissen Eigenleben zu einer Wahlmaschine zu machen, wie es die Demokraten in den USA sind.“

Die Analyse der SAV klingt wie eine radikale Denunzierung der SPD. Aber was steckt dahinter? Während sowohl SPD als auch Demokraten Wahlen gewinnen wollen, sagt das nichts über den Charakter und die Funktion dieser Parteien aus. Der Wert der SPD für die Bourgeoisie, den diese seit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 immer wieder bewiesen hat, ist ihre enge Verbindung und Verwobenheit mit dem Gewerkschaftsapparat gewesen. Wenn sie für die Kapitalisten regiert, dann soll sie den Klassenkampf und soziale Proteste so klein wie möglich halten. Genau das ist letztes Jahr passiert, als Schröder die vielfältigen Angriffe mit der Agenda 2010 auf einen vorläufigen Höhepunkt brachte. Während der Differenzierungsprozess in der SPD langfristig tatsächlich dazu führen könnte, dass die SPD sich zu einer bürgerlichen Partei entwickelt, ist dieser Prozess höchstens in den allerersten Anfängen und noch ist lange nicht entschieden, ob es wirklich dazu kommt. Entscheidend hierfür ist die Verbindung der SPD mit den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbürokratie, die zurzeit nicht ernsthaft in Frage gestellt ist. Das macht die SPD für uns aber nicht zum kleineren Übel oder gar zu einem potenziellen Verbündeten, um die Interessen der Arbeiterklasse voran zu bringen, ganz im Gegenteil: Durch die Kontrolle über die Massenorganisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, ist die Sozialdemokratie das strategische Hindernis für eine Arbeiterrevolution in Deutschland.

Wir haben schon früher hervorgehoben, dass die Forderung der SAV nach einer „neuen Arbeiterpartei“, falls sie denn jemals zustande kommt, nichts anderes wäre als ein weiteres Hindernis für revolutionäres Klassenbewusstsein. Die SAV mag argumentieren, dass sie eine neue Partei auf

Fortgesetzt auf Seite 12

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

154

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 23555, 10127 Berlin
 Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Hamburg: Staatsterror gegen Antifaschisten Für Arbeiter-/Immigranten- mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!

Nachfolgendes Flugblatt vom 24. März wurde von der Spartakist-Jugend in Hamburg vor Betrieben und am 27. März auf der Anti-Nazi-Demo verteilt.

Am 31. Januar hat die Hamburger Polizei mit einem massiven Aufgebot von 3200 Bullen eine Demonstration von mehr als 6000 Nazigeegnern angegriffen, um einen Aufmarsch von rund 1200 Nazis gegen die Wehrmacht-Ausstellung zu schützen. Unter dem Vorwand, mit Schneebällen beworfen worden zu sein, löste die Polizei die Antifa-Demo kurz vor dem Erreichen des Kampnagel-Geländes, dem Ort der Ausstellung, auf. Dadurch verhinderten die Bullen, dass die Demonstranten auch nur in Hörweite der Nazis gekommen wären. Der ankommende Demozug wurde sofort von sechs Wasserwerfern unter Beschuss genommen. Die Demonstranten wurden mit Wasser, das mit Reizgas ange-reichert war, und einem riesigen Polizeiaufgebot mit Schlagstöcken und Pfefferspray überfallen. Als Esther Bejarano (Auschwitz-Überlebende und Sprecherin des Auschwitz-Komitees) in dieser Situation versuchte, ein Ende des Polizeieinsatzes zu fordern, richteten die Bullen den Wasserstrahl auf den Lautsprecherwagen, in dem sie saß, und haben so gezielt eine Auschwitz-Überlebende sowie einen DGB-Vertreter, der nach ihr sprechen sollte, mundtot gemacht. Die „Hamburger Erklärung für die Versammlungsfreiheit“ stellte in einer Pressemitteilung fest: „Die Kundgebung wurde aufgelöst, bevor sie begonnen hatte. Erst danach flogen auch Steine und die Gewalt eskalierte.“ Insgesamt wurden 221 Demonstranten in Gewahrsam und 15 vorläufig festgenommen. **Für die Einstellung aller Verfahren gegen die Antifaschisten!** Für Bullen sind kleine linke Gruppen und Autonome, so mutig sie auch sein mögen, leichte Beute. Was die Nazis wirklich am gleichen Ort und zur gleichen Zeit, wo sie ihre Provokationen planen, stoppen wird, sind Massenmobilisierungen der Gewerkschaften mit ihren zahlreichen aus der Türkei, Kurdistan und anderen Ländern eingewanderten Arbeitern mit ihrer sozialen Macht und die Unterstützung von Homosexuellen, Juden, Linken und allen anderen potenziellen Opfern der Faschisten. Die Arbeiterklasse hat durch ihre besondere Stellung zu den Produktionsmitteln die Möglichkeit, die Bosse und ihren Staat an der empfindlichsten Stelle zu treffen, beim Profit. Wie bei einem Streik müssen Einheitsfrontaktionen auf dieser sozialen Macht basiert sein, um zu gewinnen. Gleichzeitig muss klar sein, dass durch das kapitalistische Elend immer wieder Nazis wachsen werden, womit **letztendlich** nur Schluss gemacht werden kann, wenn das kapitalistische System in einer Revolution abgeschafft wird.

In Hamburg herrschte nach diesen Ereignissen allgemeine Empörung über das brutale Vorgehen der Bullen. Der einheitliche Tenor der reformistischen Linken scheint allerdings darin zu bestehen, den Staat zur „Rückbesinnung“ zur Demokratie aufzufordern. So die „Hamburger Erklärung für Versammlungsfreiheit“: „Der Hamburger Senat nutzt das Verwaltungs- und Versammlungsrecht als Spielball poli-

tischer Interessen und tut damit der Demokratie einen schlechten Dienst.“ Staatliche Neutralität ist eine Illusion. Der Staat ist kein Vermittler zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft. Er ist das Instrument der herrschenden Kapitalistenklasse, die bestehenden Besitzverhältnisse aufrecht zu erhalten, die die soziale Basis ihrer Macht darstellen. Weil die Herrschenden im Gegensatz zu vielen resignierten Linken wissen, dass es durchaus noch zu Arbeiterrevolutionen kommen kann, halten sie sich die Faschisten als Kettenhunde, die sie als letzten Ausweg von der Leine lassen, um in revolutionären Situationen die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Daneben benutzt die Bourgeoisie rassistischen Staatsterror, um die multiethnische Arbeiterklasse zu spalten und damit zu entwaffnen. **Wir fordern volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!** Anstatt zum Beispiel den rassistischen kapitalistischen Staat darum zu bitten, die Nazis zu verbieten, was sich vorgebildet gegen „Verfassungs- oder Demokratiefeinde“, aber letztendlich immer gegen die Linke richten wird, ist es notwendig die multiethnische Arbeiterklasse zu mobilisieren. Dazu ist aber ein Kampf gegen die sozialdemokratische und prokapitalistische Politik der Gewerkschaftsführung notwendig. Sie helfen dabei die Arbeiter an die Bosse zu ketten, indem sie selbst Rassismus und Protektionismus schüren. Ein krasser Ausdruck für die Treue der Gewerkschaftsführung zum kapitalistischen System ist die Mitgliedschaft der „Gewerkschaft“ der Polizei im DGB, also des bewaffneten Unter-

Bestell!

Artikel der Spartakist-Jugend,
erschieden in Spartakist Nr.
151, Nr. 152 und Nr. 153:

„Nieder mit Gangstertum von
„Antinationalen“ gegen Linke
und Palästinenser!
Verteidigt freies Rederecht!“

„Antinationale/Antideutsche“:
Schlägertrupps für
SPD/Grünen-Regierung!“

„Humboldt-Uni Berlin:
Vollversammlung verurteilt
Verleumdungen durch
„Antideutsche““

€ 1,50

Zu beziehen über die Kontaktadresse



drückungsinstrumentes dieses rassistischen Staates. *Bullen raus aus dem DGB!*

In der Vergangenheit haben Weigerungen von Postlern, die Wahlpropaganda der Nazis zu befördern, einen kleinen Geschmack von der Bereitschaft der Arbeiter, die Nazis zu bekämpfen gegeben. Gemeinsam mit dem öffentlichen Dienst, den Bus- und U-Bahnfahrern sowie den Hafentarbeitern, die gerade einen siegreichen Kampf hinter sich haben, haben sie die Macht, die Stadt zum Stillstand zu bringen. Die Gewerkschaftsbürokraten bemühen sich dagegen aktiv ihre Basis einzulullen, um eine von Staat und Bossen unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse zu verhindern. Nichts anderes ist von Leuten zu erwarten, die mit über 1000 Fäden mit der SPD-Führung verbunden sind, die seit 1998 den deutschen Imperialismus verwaltet, den ersten Kriegseinsatz deutscher Truppen seit dem Zweiten Weltkrieg befehligte und jetzt die letzten Reste des „Sozialstaates“ demontiert. Die dringendsten Aufgaben heute sind vereinte Arbeiteraktionen, um die Faschisten zu zerschlagen, Kampf gegen rassistische Angriffe auf Immigranten und Organisation von siegreichen Streiks gegen die Agenda 2010. Dies erfordert einen kompromisslosen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Arbeiterverräter und ihre reformistischen und zentristischen Wasserträger. Das heißt wir müssen eine revolutionäre Partei schmieden, um die SPD und die PDS auf dem Amboss des Klassenkampfes zu spalten und ihre proletarische Basis zu einem revolutionären Programm zu gewinnen.

„Antideutscher“ Angriff hilft Bullen und Nazis

Dem Polizeiüberfall ging eine Provokation so genannter „Antideutscher“ voraus. Da sich unsere eigenen Genossen zu dem Zeitpunkt in einem anderen Teil der Demo befanden, zitieren wir hier die Stellungnahme der Organisatoren der Demo. Sie beschreiben den Vorfall wie folgt: „Ca. 20 Personen aus dem sog. ‚antideutschen‘ Spektrum Berlins (Sicher wissen wir: Personen u. a. von der Redaktion Bahamas, Autonome Antifa Nordost (AANO), sowie der kp-berlin) versuchten sich bei Start der Demo mit ca. 5 Israelfahnen, 1 USA-, 1 GB-Fahne sowie zwei Transparenten in die Demo zu drängen... Unsere Ketten reagierten großenteils gemäß der Absprache. Sie versuchten, die Reihen zu schließen und den Weg in die Demo an dieser Stelle zu versperren. Parallel zu dieser Aktion versuchten wir als Demoleitung über den Lautsprecherwagen zu beruhigen und zu deeskalieren. Wir forderten die FahnenträgerInnen auf, das Konzept der Demonstration zu respektieren, die Provokationen zu unterlassen und sich doch bitte, wenn sie ihre Fahnen schon zeigen wollen, im hinteren Teil der Demo einzureihen. Diese Ansa-gen wurden von der Gruppe ignoriert. Es entstand eine äußerst unübersichtliche Situation, die eskalierte. Viele umstehende Personen mischten sich in die Auseinandersetzung ein. In dieser Situation begannen die FahnenträgerInnen mit ihren Fahnen in die Demo zu schlagen. Mindestens einem Demoteilnehmer zerbrach eine Fahnenstange auf dem Kopf. Anschließend stachen Einzelne mit ihren Fahnenstangen auf Augenhöhe in die Demo. Die ganze Aktion dauerte keine zwei Minuten. Die Polizei zog daraufhin eine Kette zwischen Demo und AngreiferInnen. Drei der sog. ‚Antideutschen‘ wurden festgenommen. Um Ruhe in die Situation zu bringen, formierte sich der erste Block unserer Demonstration und ging los... Es lag nie im Interesse der sog. ‚Antideutschen‘, bei unserer Demonstration mitzulaufen. Dies haben sie auf mindestens zwei Vorbereitungsveranstaltungen in Berlin deutlich gemacht“ (*Fair Play!/? Nachspielzeit!*, Stellungnahme der „AntifaKoordinati-on/Hamburg“).

Dies ist der krasseste Vorfall in einer Reihe von Angrif-

fen und Einschüchterungsversuchen gegen linke Gruppen und Immigranten (siehe *Spartakist* 151, 152 und 153) und sollte jedem klar zeigen, dass die „Antideutschen“ kein Teil der Linken sind. Während die „Redaktion Bahamas“ bereits vorher in weiten Teilen der Linken auf Grund ihres offenen antiarabischen Rassismus verhasst war, bröckelt nun auch die Antifa-Fassade von AANO und Kritik & Praxis (K&P). Es ist nicht einfach nur so, dass den „Antideutschen“ der Kampf gegen Linke wichtiger ist als Antifaschismus. Angesichts der vorher angekündigten „Null-Toleranz“-Politik der Hamburger Polizei gegen „linke Gewalttäter“ war völlig klar, dass die von AANO und Konsorten provozierte physische Auseinandersetzung zu einer sofortigen Auflösung der Demo durch die Bullen führen kann. Das bedeutet nichts anderes, als dem Staat dabei zu helfen, die Nazis vor den Antifas zu beschützen.

Kontrovers ist die Rolle der Gruppe K&P, neben der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) das zweite Spaltprodukt aus der ehemaligen Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB). Auch wenn nur einige Mitglieder von K&P am Angriff beteiligt waren, die Aktion wird von der gesamten Gruppe abgedeckt. So stilisieren sich K&P in einer Erklärung auf ihrer Webseite zum Opfer eines „antisemitisch motivierten“ Überfalls. AANO und Bahamas werden dabei zu selbstlosen Rettern in der Not, ganz zufällig an derselben Stelle damit beschäftigt, sich in die über 6000 Personen starke Demo „einzureihen“. Die K&P-Leute waren hier die rot beflaggte Vorhut für ihre Freunde mit dem blauweißen Symbol für die Unterdrückung der Palästinenser und den Fahnen der US- und britischen Imperialisten, unter denen zuletzt der blutige Krieg im Irak geführt wurde. In Berlin ist K&P dafür bekannt, ihre Demos (1. Mai und 3. Oktober) „ohne Nationalfahnen“ anzukündigen, aber wenn ihre Kollegen von AANO und Bahamas dann mit israelischen, US- und britischen Fahnen auftauchten, sah sich K&P nicht in der Lage ihr Verbot „praktisch umzusetzen“. Gleichzeitig wurden linke Jugendliche von Schlägertypen bedroht, weil sie Palästinenser-Tücher trugen. Was Leuten mit palästinensischen Fahnen passiert wäre, wurde am „Tag X“ in Berlin klar: Dort wurde einem jungen Antikriegsaktivisten von „Antideutschen“ ein Zahn ausgeschlagen, weil er es wagte, eine zu tragen. Im Endeffekt ist K&P so nichts weiter als ein „rotes“ Cover für offene Rassisten und Kriegstreiber. In einem Interview mit dem Antifa-Jugendinfo nach dem 1. Mai sagte K&P dann, dass es auf ihrer Demo wenigstens keine Fahne von „Verliererstaaten“ gab. Das zeigt noch mal deutlich, gegen wen sich ihr „Nationalfahnenverbot“ wirklich richtet: gegen alle Verteidiger der unterdrückten Palästinenser!

Auch wenn die Provokateure schnell rausgeschmissen werden konnten, zum Teil haben sie erreicht, was sie wollten. Die reaktionäre Springerpresse (von Bahamas beziehungsweise „Sachwalterin der Aufklärung“ genannt!) konnte ihr übliches Verleumdungsarsenal gegen militante Antifaschisten nun noch um eine weitere dreckige Lüge erweitern. So hetzte die *Berliner Morgenpost* vom 2. Februar: „Autonome prügeln auf jungé Juden ein, die Israelflaggen gezeigt hatten.“ Um zukünftige Aktionen der „Antideutschen“ zu verhindern, ist es notwendig, sie weiter zu isolieren. Das schließt auch Gruppen wie Kritik & Praxis ein, denn wir beurteilen Leute nicht nach dem, was sie auf ihren Webseiten *schreiben*, sondern nach dem, was sie *tun* - und der Angriff in Hamburg war deutlich! Die Linke muss verstehen, dass man mit antiarabischen Rassisten à la Bahamas, AANO und Hummel Antifa nicht gegen Nazis kämpfen kann, schließlich richten sich deren Aktivitäten gegen die potenziellen Opfer der Nazischläger: Immigranten, Linke und Arbeiterbewegung. ■

China

**Verteidigt, erweitert die Errungenschaften der Revolution von 1949!
Für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie!**

Schlagt imperialistischen Drang zur Konterrevolution zurück!

Teil eines dieses zweiseitigen Artikels, übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 814, 21. November 2003, erschien in Spartakist Nr. 153 (Winter 2003/2004).

Die strukturelle Hauptveränderung, die Chinas Wirtschaft in den letzten zwei Jahrzehnten erfahren hat, betrifft die Art und Weise, wie Staatsbetriebe finanziert werden. Unter dem alten zentralisierten Planungssystem erhielten Unternehmen, deren Kosten aus irgendeinem Grund ihre normalen Einkünfte überschritten, nicht rückzahlbare Zuschüsse vom Industrieministerium, das sie beaufsichtigte. Ebenfalls wurden nicht rückzahlbare Zuschüsse dafür ver-



Imagechina

Bauarbeiter beim Tunnelbau in Shanghai. Kämpferisches chinesisches Proletariat muss mobilisiert werden im Kampf zur Verteidigung und Ausweitung der Errungenschaften der Chinesischen Revolution

liche Finanzierung auf völlig planlose, unangemessene und willkürliche Weise durch nicht rückzahlbare Bankkredite ersetzt.

Bankkredite von Verlust bringenden sowie profitablen Unternehmen werden routinemäßig umgeschuldet oder sogar erhöht ohne eine realistische Aussicht auf Rückzahlung. Folglich sind alle größeren chinesischen Banken technisch „insolvent“, denn ihre nicht rückzahlbaren Kredite übersteigen die Gewinn bringenden Vermögenswerte. Das ist die Situation seit vielen

Jahren, seitdem der Staat die Banken finanziert, die wiederum die Unternehmen finanzieren.

So gab die Zentralbank 1998/99 den Hauptgeschäftsbanken 200 Milliarden Dollar im Austausch gegen einen gleich hohen Betrag ihrer nicht rückzahlbaren Kredite. Diese Unternehmensschulden wurden dann staatlichen „Asset Management Companies“ (AMCs, Vermögensverwaltungsgesellschaften) übertragen, die einen Teil davon eintreiben und/oder die in Zahlungsrückstand geratenen Unternehmen an private Käufer veräußern sollten. Bisher haben die AMCs wenig von dem einen oder anderen getan.

Die relative Stabilität von Chinas Finanzsystem basiert auf zwei Hauptfaktoren. Erstens weiß jeder, dass die Regierung hinter den Banken steht. Und zweitens wurde privaten und insbesondere ausländischen Banken (bisher) nicht erlaubt, mit ihnen in Konkurrenz zu treten. Ein Bericht von Moody's, der großen amerikanischen Kredit-Ratingagentur, kam im letzten Jahr zu dem Ergebnis: „Chinas Bankensystem mag zwar technisch insolvent sein, doch die in vielerlei Hinsicht reichlich vorhandene Liquidität dient als ein Puffer gegen Stress. Das hohe Niveau an Einlagen spiegelt zudem das öffentliche Vertrauen in die Staatsbanken wider.“

Sachkundige Vertreter des westlichen Imperialismus wissen, dass die Privatisierung und insbesondere die Internationalisierung des Finanzsystems ein notwendiger Schritt

Teil zwei von zwei

wendet, die Ausweitung der Produktion eines Unternehmens durch die Anschaffung neuer Maschinen, den Bau einer neuen Abteilung usw. zu finanzieren.

Als Anfang der 80er-Jahre „Marktsozialismus“ eingeführt wurde, sollten die Unternehmen gewinnmaximierend und finanziell selbständig werden. Externe Finanzierung sollte in Form von Krediten staatlicher Geschäftsbanken zur Verfügung gestellt werden, die mit Zinsen zurückgezahlt werden sollten. Wir wissen nicht, ob Deng und die anderen ursprünglichen Architekten des „Reform“-programms wirklich erwarteten, dass das System nach der neuen Wirtschaftsdoktrin und den entsprechenden politischen Vorgaben funktionieren würde. Wie vorauszusehen funktionierte das System *nicht*. Wären alle Unternehmen, die ihre Bankkredite nicht zurückgezahlt haben und nicht zurückzahlen konnten, geschlossen worden, so wäre China schon lange zu einem wirtschaftlichen Katastrophengebiet verkommen. Doch das ließ man nicht zu. Stattdessen wurde direkte staat-

ist, um die wirtschaftliche Macht des Regimes der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zu brechen. Anfang letzten Jahres schrieb der Londoner *Economist* (8. März 2003) – ein halboffizielles Organ der britischen und amerikanischen Bankiers:

„Alle chinesischen Banken werden direkt oder indirekt vom Staat geführt, und die Regierung, auf lokaler oder zentraler Ebene, greift sowohl bei der Ernennung von Managern als auch bei der Kreditvergabe ein. Eine markt- und leistungsorientierte chinesische Bank gibt es daher nicht. Ohne die Kontrolle zu haben, werden es ausländische Investoren schwer haben, eine solche Bank zu schaffen.

Die Chinesen aber haben nicht die Absicht, die Kontrolle abzugeben.“

Wie die Klage des *Economist* zeigt, sind ausländische Banken bisher auf die Randbereiche von Chinas Finanzsystem beschränkt, hauptsächlich im Außenhandelssektor. Es versteht sich von selbst, dass das internationale Finanzkapital mit aller Macht gegen diese Beschränkungen ankämpft. Zum Beispiel bekam letztes Jahr der Wall-Street-Riese Citibank die Genehmigung zum Erwerb von fünf Prozent von Chinas neuntgrößter Geschäftsbank. Ein gemeinsames Kreditkartenunternehmen wurde seitdem auf die Beine gestellt, das sich auf Chinas neureiche Elite eingestellt hat – kapitalistische Unternehmer, hohe Partei- und Regierungsfunktionäre, wohlhabende kleinbürgerliche Typen (Ingenieure, Akademiker). Für die Citibank ist dies nur der Fuß in der Tür bei ihrem Drang nach immer tieferem Eindringen in Chinas Finanzsystem. „China gehört mit zum letzten großen Neuland im Finanzwesen“, erklärte Richard Stanley, Chef der Citibank in Hong Kong (*Wall Street Journal*, 15. September 2003).

Jiang Zemin und seine Kumpane erkannten, dass eine Öffnung von Chinas Finanzsystem für ausländische Banken wahrscheinlich katastrophale wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen und nicht zuletzt den Staat in seiner Fähigkeit, seine eigenen Ausgaben zu finanzieren, lähmen würde. Deshalb wurde bei dem Abkommen, durch das China vor zweieinhalb Jahren der Welthandelsorganisation (WTO) beitrug, die „Liberalisierung“ des Finanzsektors bis 2006 zurückgestellt. Erst dann soll China ausländischen Banken erlauben, als Gleichgestellte mit Staatsbanken zu konkurrieren. Doch was in den nächsten zweieinhalb Jahren wirklich passiert, wird nicht automatisch durch den im WTO-Abkommen vereinbarten Plan entschieden. Es wird durch die sozialen Auseinandersetzungen innerhalb Chinas und zwischen China und den Kräften des kapitalistischen Imperialismus entschieden werden. In den letzten Monaten sind wirtschaftliche Konflikte insbesondere zwischen dem amerikanischen Imperialismus und dem chinesischen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat in den Vordergrund getreten.

Die Schlacht um den Yuan

Chinas Währung, der Yuan (oder Renminbi), ist auf dem von bürgerlichen Ökonomen so genannten Kapitalmarkt internationaler Transaktionen nicht konvertibel. Kapitalistische Unternehmer in China wie auch Manager staatlicher Unternehmen können Devisen im Austausch gegen Yuan (nach vorheriger Genehmigung durch die Zentralbank) nur erwerben, um Importe und andere handelsbezogene Ausgaben zu bezahlen. Devisen, die von Staatsbürgern des chinesischen Festlands erworben wurden, müssen im Austausch gegen Yuan an die Zentralbank überwiesen werden.

In den letzten Jahren gab es, wie vorauszusehen, in wachsendem Umfang illegale Währungsbewegungen von und nach China, hauptsächlich durch und über Hong Kong Finanzleute. Es gibt keine genauen Schätzungen über die Größenordnung dieses illegalen Geldflusses, aber er hat bisher

noch nicht den Punkt erreicht, wo er die chinesische Wirtschaft oder die Wirtschaftspolitik des Regimes ernsthaft in Mitleidenschaft ziehen würde.

Seit ungefähr einem Jahrzehnt hat China den Yuan an den Dollar gekoppelt. Da der Dollar letztes Jahr gegenüber dem Euro, dem Yen und den meisten anderen Währungen an Wert verloren hat, sanken die Preise von Chinas Fertigwaren-Exporten auf dem Weltmarkt deutlich. Die meisten Fachleute auf diesem Gebiet schätzen, dass der Yuan, würde er frei gehandelt werden, gegenüber dem Dollar um 20 bis 40 Prozent aufgewertet würde.

Einige große amerikanische (wie auch europäische und japanische) kapitalistische Firmen profitieren ebenfalls von der gegenwärtigen Unterbewertung des Yuan. Über die Hälfte von Chinas Fertigwaren-Exporten werden in Betrieben ausländischer Eigentümer oder in Joint Ventures her-



AFF

Wanderarbeiter am Beijinger Bahnhof. „Marktrefor-men“ haben Millionen in Arbeitslosigkeit und Armut gestürzt

gestellt. Dell Computer und Motorola gehören zu den ersten zehn Exportunternehmen in China. Auf der anderen Seite des Pazifiks gehen an den riesigen Einzelhandelsdiscounter Wal-Mart 10 Prozent von Chinas Warenexporten in die USA.

Dennoch glaubt die große Mehrheit der amerikanischen Industriekapitalisten (und zwar aus gutem Grund), durch Chinas „unfaire“ Geschäftspraktiken geschädigt zu werden. Im Frühjahr letzten Jahres sagte Franklin Vargo, Vizepräsident der National Association of Manufacturers, vor einem Komitee des Kongresses: „Wir müssen China dazu drängen, mit der Manipulation seiner Währung aufzuhören und den Yuan-Dollar-Wechselkurs durch den Markt bestimmen zu lassen“ (*Business Week*, 7. Juli 2003). Eine Gruppe von Senatoren und Kongressabgeordneten, überwiegend Demokraten und auch einige Republikaner, propagiert eine Gesetzgebung zur Erhöhung der Zolltarife auf chinesische Importe, um die Unterbewertung des Yuan „auszugleichen“. Außerdem haben alle hohen Tiere des internationalen Finanzkapitals – die Chefs der Zentralbanken der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, die Direktoren des Internationalen Währungsfonds – auf das Regime in Beijing eingeschlagen, es solle seine Währung Neubewerten.

Aber in dieser Frage blieb die chinesische Führung hart. Im Herbst letzten Jahres erklärte der chinesische Präsident Hu Jintao: „Den Wechselkurs des Renminbi stabil zu halten

Fortgesetzt auf Seite 10



Xinhua

Nordkoreaner feiern chinesische Kriegshelden am Jahrestag des 1953er Waffenstillstands des Koreakrieges. Die chinesische Volksbefreiungsarmee war im Koreakrieg Schlüssel, US/UN-Angriff zurückzuschlagen und Nordkorea zu verteidigen

China...

Fortsetzung von Seite 9

dient Chinas wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und steht im Einklang mit den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung im asiatischen Pazifikraum und auf der ganzen Welt.“

Als diplomatisches Drachenfutter für die Imperialisten versprach Hu, eine Gruppe von Leuten einzusetzen, die sich „damit befassen“ sollen, wie man Chinas Währung in der Zukunft konvertibel machen könnte. Wie weit in der Zukunft? Die *Far Eastern Economic Review* (29. Mai 2003), eine gut informierte Zeitschrift aus Hong Kong, schrieb dazu: „Der Renminbi ist auf dem Kapitalmarkt nicht frei konvertierbar, und die meisten Analysten rechnen nicht damit, dass sich dies in den nächsten paar Jahren ändern wird. Man befürchtet, dass eine zu schnelle Öffnung des Kapitalmarkts des Landes wegen mangelnden Vertrauens in das Bankensystem zu riesigem Kapitalabfluss führen könnte.“

Doch selbst wenn Beijings verantwortliche Politiker vor-

haben, den gegenwärtigen Wechselkurs und die internationalen Währungsvereinbarungen für einige Jahre aufrechtzuerhalten, so sind sie möglicherweise *nicht* dazu in der Lage. Die kapitalistische Enklave Hong Kong ist ein sich immer weiter öffnendes Einfallstor, durch das illegale Währungsgeschäfte in beide Richtungen abgewickelt werden. Die Enteignung von Hong Kongs Finanzleuten und anderen Teilen seiner Bourgeoisie ist eine Notwendigkeit von lebenswichtiger Bedeutung, um Chinas Wirtschaft vor dem verheerenden Ansturm der Banken von Wall Street, Frankfurt und Tokio zu schützen.

Die Agrarfrage tritt wieder in den Vordergrund

Erörterungen in den westlichen bürgerlichen Medien und Akademikerkreisen über Chinas Wirtschaft und deren angeblichen „Übergang zum Kapitalismus“ richten ihr Augenmerk für gewöhnlich auf Industrie und Finanzwesen. Jedoch sind

700 Millionen von Chinas 1,3 Milliarden Menschen immer noch in der Landwirtschaft tätig. Die soziale Hauptkraft hinter der Revolution von 1949 war ein massiver Bauernstand gegen die Klasse der Großgrundbesitzer, von denen viele das kriegten, was sie verdient haben, durch diejenigen, die von ihnen brutal unterdrückt und ausgebeutet worden waren. Der gesamte landwirtschaftliche Grundbesitz wurde verstaatlicht.

Eine der ersten wirtschaftlichen „Reformen“ des Deng-Regimes war die Entkollektivierung der Landwirtschaft und die Übertragung von kleinen Parzellen an Bauernfamilien auf der Basis von Langzeitpachtverträgen. Doch das Land wurde nicht wieder privatisiert, und die Übertragung von Pachtgrundstücken wurde Einschränkungen unterworfen. Trotzdem hatte der Wettbewerb unter den Kleinbauern unausweichlich eine immer stärkere wirtschaftliche Differenzierung auf den Dörfern zur Folge. Eine Klasse reicher Bauern entstand, die durch halblegale oder illegale Abmachungen in der Lage waren, die Arbeitskraft ihrer ärmeren Nachbarn auszubeuten. Dennoch unterscheidet sich die grundlegende Struktur von Chinas Landwirtschaft wesentlich und offenkundig zum Beispiel von der Indiens, wo über hundert Millionen landlose Landarbeiter auf den großen Gütern der reichen Grundbesitzer schufteten.

Doch die gegenwärtige Struktur von Chinas Landwirtschaft kann angesichts seiner Mitgliedschaft in der WTO nicht mehr lange aufrechterhalten werden. Staatliche Industrieunternehmen können bis zu einem gewissen Grad durch zusätzliche Staatssubventionen über die Banken vor zunehmender Importkonkurrenz abgeschirmt werden. Aber auf keinen Fall können Chinas Kleinbauern mit der kapitalintensiven, wissenschaftlich betriebenen Agrarindustrie der USA und anderer bedeutender Lebensmittel exportierender Länder konkurrieren. Zwar hat das Beijinger Regime Zolltarife und Einfuhrquoten auf landwirtschaftliche Produkte brav reduziert, es hat aber auch von Zeit zu Zeit von protektionistischen Kunstgriffen Gebrauch gemacht. 2002 wurden auf Importe von gentechnisch verändertem Getreide neue „Sicherheitsvorschriften“ angewendet. 2003 wurden Schiffsladungen mit Sojabohnen aus den USA, Brasilien und Argentinien mit der Begründung gestoppt, sie seien mit

In chinesischer Sprache erhältlich

斯巴达克斯 SPARTACIST 4

德国
1989-90:
革命与反革命
的对立

中国矿工暴动反对
“市场改革”

„1989/90:

Revolution und
Konterrevolution“
auf Chinesisch

€ 1,-

(24 Seiten)

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde

Postfach 23 5 55

10127 Berlin

Konto 1 19 88-601

Postbank Frankfurt/M.

BLZ 500 100 60

国际共产主义同盟 (ICL) Box 1429 GPO, New York, NY 10116 美国

1989年	11.00	1990年	11.00	1991年	11.00	1992年	11.00
1993年	11.00	1994年	11.00	1995年	11.00	1996年	11.00
1997年	11.00	1998年	11.00	1999年	11.00	2000年	11.00
2001年	11.00	2002年	11.00	2003年	11.00	2004年	11.00

einem Pilz „verseucht“ (einer, der jedoch auch bei in China angebauten Sojabohnen verbreitet ist).

Trotzdem ist die Landwirtschaftspolitik des Regimes *nicht* in erster Linie auf den Erhalt der Vielzahl von Kleinbauern ausgerichtet. Vielmehr ist sie auf Großfarmen ausgerichtet, die sich de facto in *Privatbesitz* befinden. So nahm ein Plenum des Zentralkomitees der KPCh im Oktober letzten Jahres eine Resolution an zur weiteren Lockerung der Einschränkungen bei der Übertragung von Agrarland. Ein amerikanischer Journalist, der über die Sitzung berichtete, schrieb: „China ist beunruhigt über die Konkurrenz innerhalb der Welthandelsorganisation durch ausländische Lebensmittel, und das Entstehen großer Güter würde die landwirtschaftliche Effizienz erhöhen, sagte ein Agronom“ (*Washington Post*, 15. Oktober 2003).

Jedoch werden sich die diesbezüglichen Resolutionen und Absichten der KPCh-Führung, wie in anderen Dingen auch, nicht automatisch und unausweichlich in wirtschaftliche Realität verwandeln. Die Revolution von 1949 ist auf dem chinesischen Lande weiterhin in lebendiger Erinnerung. Arme Bauern wissen, dass ihre Großeltern den brutalen Grundbesitzern und raffgierigen Dorfwucherern eine rohe plebejische Justiz hatten zuteil werden lassen. Chinas heutige Mächtigen-Gutsherren könnte durchaus ein ähnliches Schicksal ereilen. Tatsächlich hat China im Laufe des letzten Jahrzehnts viele große Bauernproteste und -aufstände erlebt, vor allem gegen zunehmende Besteuerung und Korruption.

Doch China muss sich von der Kleinbauernwirtschaft zu einer modernen, groß angelegten industrialisierten Landwirtschaft entwickeln. Die Frage ist nur wie. Eine Regierung auf der Grundlage von Arbeiter- und Bauernräten würde nicht nur das Anheuern von Arbeitskräften und das Pachten zusätzlichen Landes durch reiche Bauern verbieten oder einschränken, sondern würde auch die Rekollektivierung der Landwirtschaft fördern. Das bedeutet keine Rückkehr zu den landwirtschaftlichen Kommunen der Mao-Ära, die im Grunde eine Ansammlung rückständiger Bauernhöfe waren. Damit die Masse der chinesischen Bauern ihre eigenen Höfe zugunsten von Kollektivfarmen aufgibt, müssen sie davon überzeugt werden, dass sich daraus für sie selbst und ihre Familien ein höherer Lebensstandard ergeben wird. So würde eine Regierung auf der Grundlage von Arbeiter- und Bauernräten den Bauern, die sich Kollektiven anschließen, Steuererleichterungen und billigere Kredite anbieten.

Eine rationale Kollektivierung und Modernisierung der chinesischen Landwirtschaft würde eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft bedeuten. Die Einführung moderner Technik auf dem Lande – vom Mähdrescher über Kunstdünger bis zu dem gesamten Komplex der nach wissenschaftlichen Methoden betriebenen Landwirtschaft – würde ein qualitativ höheres Industrieniveau erfordern, als zurzeit existiert. Ein Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktivität wiederum würde eine enorme Vermehrung von Industriearbeitsplätzen in städtischen Gegenden notwendig machen, um die massenhaften überschüssigen Arbeitskräfte aufzunehmen, die auf dem Lande nicht mehr gebraucht werden. Zweifellos würde dies einen langen Prozess erfordern, besonders bei dem begrenzten Umfang und dem relativ niedrigen Produktivitätsniveau von Chinas industrieller Basis. Sowohl das Tempo als auch letztendlich die Realisierbarkeit dieser Perspektive selbst hängen von der Hilfe ab, die China von einem sozialistischen Japan oder einem sozialisti-

schen Amerika bekommen würde; das unterstreicht abermals die Notwendigkeit einer internationalen proletarischen Revolution.

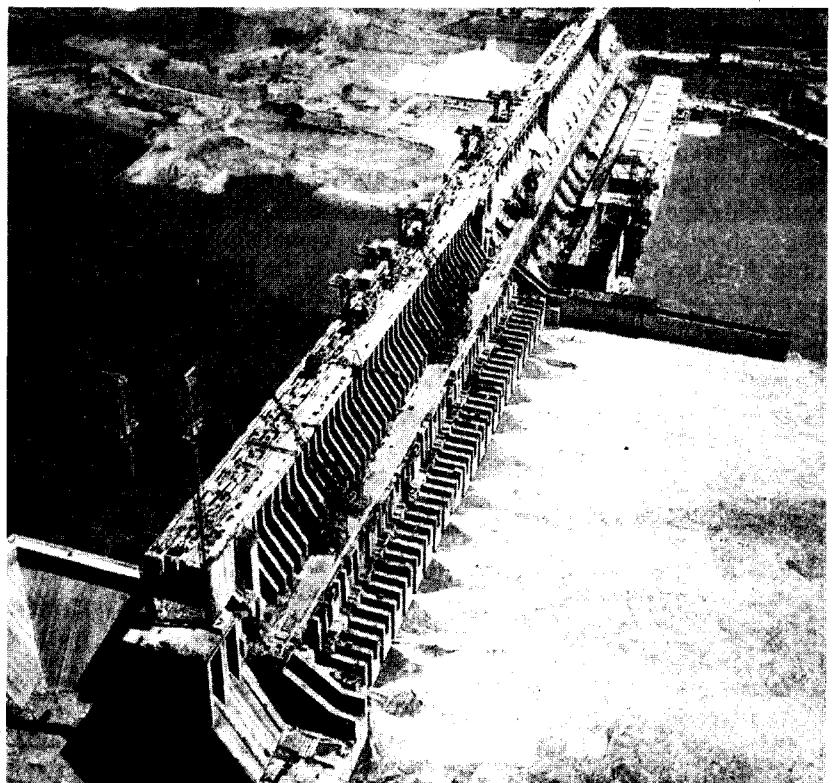
Das Gespenst eines Arbeiteraufstands geht um

Anfang 2000 wurde eine große staatliche Molybdänmine in Yangjiazhangzi – einer Stadt in dem krisengeschüttelten alten Industriegebiet Nordostchinas – geschlossen. Einige wenige Teile der Mine, die als profitabel galten, wurden privatisiert und größtenteils von Spezies der amtierenden Manager übernommen. Ein Protest der entlassenen Bergarbeiter vor dem Firmenhauptquartier wegen der schäbigen Abfindung eskalierte schnell zu einem ausgewachsenen Arbeiteraufstand. Über 20000 Kumpel und ihre Familienangehörigen gingen auf die Straße, errichteten Barrikaden, setzten Autos in Brand, schlugen die Fenster von Regierungsbehörden ein und zündeten Öltonnen an.

Die Behörden gingen vorsichtig vor aus Furcht, die Arbeiter könnten das Dynamitlager der Mine dazu benutzen, sich zu verteidigen. Zwei Tage lang schlugen sich die Arbeiter mit der Bewaffneten Volkspolizei, einer paramilitärischen Truppe, die Mitte der 80er-Jahre geschaffen worden war, um insbesondere wachsende soziale Unruhen zu unterdrücken. Schließlich wurden Armeeeinheiten eingesetzt, die mit scharfer Munition über die Köpfe der Demonstranten hinweg feuerten und die Rebellion niederschlugen. Zwei Jahre später entfesselten ebenfalls Arbeiter in Nordostchina den größten Aufstand des Landes seit dem Aufruhr vom Tiananmen-Platz 1989, der eine beginnende politische Revolution bedeutet hatte.

Auf ihre Weise erkennt die Beijinger stalinistische Bürokratie, dass sie auf einem Vulkan sozialer Unruhen sitzt. 2002 erklärte Jiang Zemin, dass die „Ausweitung der Beschäftigung und die Förderung der Wiederbeschäftigung nicht nur ein großes wirtschaftliches, sondern auch ein großes politisches Problem ist“. Doch Jiang und seine Kumpane haben dabei versagt – und zwar jämmerlich versagt –, ihr eigenes erklärtes politisches Ziel zu erreichen.

Fortgesetzt auf Seite 18



Drei-Schluchten-Damm ist Beispiel für enorme Ausweitung der Investitionen in staatliche Infrastruktur

AP

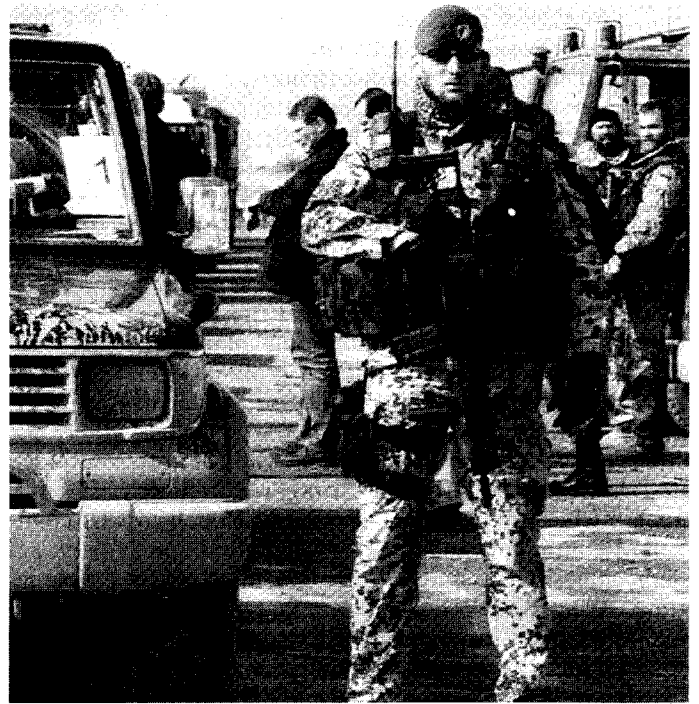
Gewerkschaften...

Fortsetzung von Seite 5

einem explizit sozialistischen Programm haben will. Tatsächlich kann man auf ihrer Website lesen: „Das ist weshalb die SAV dafür ist, dass solch eine neue Partei ein sozialistisches Programm annimmt, das heißt, die größten Firmen in öffentliches Eigentum zu überführen unter der Kontrolle und Leitung der Arbeiter und auf dieser Basis eine demokratisch geplante Wirtschaft zu starten“ („Struggles develop as crisis deepens“, 25 Januar, www.socialistworld.net).

Was die SAV hier als sozialistisches Programm zu verkaufen versucht, ist nichts anderes als klassisch sozialdemokratischer Reformismus, der davon träumt, irgendwann einmal durch „Überführung der größten Firmen in öffentliches Eigentum“ unter der Kontrolle einer sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ den Sozialismus einzuführen. Welche Regierung führt den Staat welcher Klasse und überführt die Industrie in öffentliches Eigentum? Und was ist mit der entschuldigungslosen Enteignung der Kapitalisten, deren Ausbeutungssystem für das ganze Elend, den Rassismus und die Kriege verantwortlich ist? Entschuldigungslose Enteignung ist unser Ziel. Die Illusion, dass der kapitalistische Staat („mit den richtigen Leuten in der Regierung“) im Interesse der Arbeiter handeln könne, hat sich historisch als der reformistische Leim herausgestellt für die sozialdemokratische Kontrolle über die Arbeiterklasse und für das Erwürgen unabhängigen Klassenkampfes. In ihrem anbiederischen „Offenen Brief“ vom 17. März an die „Wahlalternative“ und die „Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ argumentiert die SAV genauso. Es ergeht sich hauptsächlich darüber, dass die neue Partei „demokratisch“ sein müsse. Dass die Partei sozialistisch sein soll, wird ganz am Ende auch mal erwähnt, fällt aber natürlich – die SAV will ja die „Einheit“ – viel schwächer aus als das, was sie in dem oben zitierten Artikel schreibt. Und wenn wir uns die Praxis der SAV ansehen, dann machen sie „Bündnisse“ mit kleinbürgerlichen Grünen wie „Regenbogen“ in Hamburg und ordnen sich diesen, die überhaupt nichts mit der Arbeiterklasse oder Sozialismus am Hut haben, unkritisch unter.

Der Bankrott des SAV Programms wird vollends klar bei der brennenden Frage, die Arbeiterklasse gegen rassistische staatliche Verfolgung, wie zum Beispiel das Kopftuchverbot oder die Rasterfahndung, zu mobilisieren. Diese Aufgabe steht im offensichtlichen Widerspruch zur Gewerkschaftsbürokratie, die sich hauptsächlich auf die privilegierten (überwiegend deutschen) Schichten der Arbeiterklasse stützt. Auf der Konferenz der Gewerkschaftslinken in Frankfurt, wo der Krieg der Regierung gegen Immigranten



Axel Schmidt/Action Press

Imperialistische Bundeswehr für „deutsche Interessen am Hindukusch“ in Afghanistan

kaum erwähnt wurde, konnte ein Gewerkschaftsbürokrat seine Begeisterung nicht zähmen, als er einen Studenten dafür pries, eine gemeinsame Demonstration mit der Bullen, „gewerkschaft“ gegen Koch in Wiesbaden organisiert zu haben. Unser Genosse sprach in der Diskussion scharf dagegen und unterstrich, dass der Kampf gegen Schröders Agenda 2010 und gegen die rassistische anti-muslimische Hexenjagd untrennbar verbunden ist. Diesen Kampf wird es nie geben, wenn wir die bewaffneten Verteidiger der bürgerlichen Ordnung in unseren eigenen Reihen dulden oder gar hofieren. Neben dem Repräsentanten des Runden Tisches der Arbeitsloseninitiativen waren wir die Einzigen, die gegen diese verachtenswerte Bejubelung der Bullen protestierten. Die Aufgabe der Polizei ist die Verteidigung des Eigentums und der Interessen der Kapitalistenklasse. Ohne einen klaren Stand gegen reformistische Lügen über „gute Bullen“ werden die Arbeiter weiter politisch entwaffnet. **Polizei raus aus dem DGB!**

Die SAV und die reformistische Linke sind weit davon entfernt, gegen reformistische Illusionen zu kämpfen. Vielmehr saugen sie diese auf, dekorieren sie mit linken Phrasen und reichen sie dann weiter als eine „Alternative“ zur diskreditierten SPD und PDS. Müntefering und die SPD hoffen mit ein paar Gesten die Kontrolle wieder zu gewinnen und den Glauben der Arbeiter wieder zu bestärken, dass der kapitalistische Staat dazu benutzt werden kann, die grundlegenden Interessen der Arbeiter und der Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten. Die an die Substanz gehende Unpopularität der SPD gibt gerade die Möglichkeit zu erklären, dass diese falsche Hoffnung auf den bürgerlichen Staat im Gegensatz dazu steht, dass die Arbeiter für ihre eigenen Klasseninteressen kämpfen.

Anarchosyndikalismus und neue Gewerkschaften

Die anarchosyndikalistische FAU Köln tritt in ihrem Aufruf für die 3.-April-Demonstration zumindest nicht als Speichellecker der Gewerkschaftsbürokratie auf, was erfrischend ist. So schreiben sie richtig: „Wir beteiligen uns an der Demonstration, um den Organisatoren dieses Events, also den DGB-Funktionären, im Rahmen unserer Möglichkeiten in die Suppe zu spucken. Wir wollen daran erinnern,

Abonniert!

Zeitung der
Ligue trotskyste
de France

4 Ausgaben
€ 4,50
enthält *Spartacist*
(französische Ausgabe)

Bestellt bei:
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



dass der DGB und seine Gewerkschaften bis zum Nackenwirbel verstrickt sind in jene Schweinereien, gegen die heute demonstriert wird.“ Dann aber geraten die Sachen bei der FAU aus den Fugen: „Wir meinen deshalb, dass der Mitgliederschwund der Gewerkschaften ein hoffnungsvolles Symptom ist. Dass es an der Zeit ist, unabhängige Strukturen aufzubauen: Betriebsgruppen, Syndikate, Basis-Gewerkschaften, Kollegenkreise und Arbeiter-Vereine. Denn unsere Agenda heißt Aufruhr 2010.“ Wenn wir auch nur zu gut den Frust verstehen können, dass die DGB-Gewerkschaften die ganzen Schweinereien der SPD und PDS abdecken, so verabschiedet sich die FAU aber hier davon, tatsächlich den politischen Kampf gegen die Politik der sozialdemokratischen Klassenkollaboration in den Gewerkschaften zu führen. Sie wollen stattdessen ihre eigenen, kleinen, sauberen rot-schwarzen Syndikate aufmachen, für einen – vielleicht – militanteren Kampf auf ökonomischem Niveau. Das reicht aber überhaupt nicht aus. Damit machen sie es den Sozialdemokraten nur umso leichter, ihren Einfluss auf die Arbeitermassen aufrecht zu erhalten. Wie wir in der Grundsatzklärung der IKL schrieben: „Kommunisten streben danach, die stärkste mögliche Einheit der Arbeiterklasse gegen die kapitalistischen Ausbeuter aufzubauen; daher sind wir gegen Zunftschranken im Proletariat und treten für Industriegewerkschaften ein, und wir sind gegen die Spaltung der Arbeiterklasse in konkurrierende Gewerkschaften auf der Basis verschiedener politischer Tendenzen oder ethnischer Gruppierungen.“

Die politischen Differenzen zu klären und zu verschärfen, besonders auch über die breiteren sozialen und politischen Fragen, so dass die Unterschiede für jeden sichtbar werden, das ist die Aufgabe einer Avantgardepartei, die dringend nötig ist, um zu revolutionärem Klassenbewusstsein zu kommen. Diese Frage betrifft grundlegend das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften. Es kann nicht einfach darum gehen, nur auf die unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiter zu reagieren – dafür sind die Gewerkschaften da, die alle Schichten der Arbeiterklasse umfassen –, sondern den Arbeitern ein vollständiges Bild der Unterdrückung und Gewalt des kapitalistischen Systems zu geben. Dadurch und durch das wiederholte Testen ihrer am weitesten fortgeschrittenen Elemente wird die Arbeiterklasse darauf vorbereitet, die Lügen, Tricks und Angriffe der Bosse und ihrer Agenten in der Arbeiterbewegung zu durchschauen und zu bekämpfen. Notwendig ist eine Organisation von Berufsrevolutionären, die die Lehren aus den historischen Erfahrungen und Kämpfen zieht. Wie Leo

Trotzki während der revolutionären Krise der 30er-Jahre schrieb: „Umso beharrlicher gilt es, die Grundwahrheiten der marxistischen Politik vor dem Auditorium der fortgeschrittenen Arbeiter *immer und immer zu wiederholen*.“

Das ist heute sogar noch wichtiger, nachdem durch jahrzehntelangen Missbrauch durch die Sozialdemokraten und Stalinisten der Name des Sozialismus in den Dreck gezogen worden ist. Dies geschieht fast unbemerkt, aber umso durchdringender. So liest man in fast jeder linken Zeitung und fast jeder Gewerkschaftszeitung, dass die Agenda 2010 den größten Angriff auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse seit 1945 darstellt. Dies ist einfach falsch: Der soziale Kahlschlag, der mit dem kapitalistischen Anschluss 1990 einherging, war Sozialabbau riesigen Ausmaßes. Die Reformisten sind nur allzu bereit, dies zu „übersehen“. Das hat alles damit zu tun, ihre eigene verachtenswerte Rolle verschwinden zu lassen, dass sie diese Konterrevolution, eine historische Niederlage der Arbeiterklasse, mit herbeigeführt haben. Schröder selbst hat die „Reform“-Agenda mit Willy Brandts Ostpolitik der 70er- und 80er-Jahre verglichen, die das Programm der SPD war, die kapitalistische Konterrevolution im Osten voranzutreiben. Der Vergleich ist sehr zutreffend, da er die Kontinuität der SPD-Politik klar macht, die Interessen des deutschen Imperialismus voran zu bringen und Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiter durchzuführen.

Wir kämpften mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für die Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates DDR und später der Sowjetunion. Entgegen den stalinistischen Ausverkäufern, den sozialdemokratischen Agenten des Imperialismus und ihren linken Anhängseln wie Linksruck, SAV, die die Sozialdemokratie und die Konterrevolution 1990 bejubelten, und auch den Anarchisten, die kaum mehr als „Deutschland halts Maul“ zu sagen wussten, kämpften wir für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands und gegen den Ausverkauf der DDR. Die Folgen der Niederlagen sind enorm, sowohl materiell als auch ideologisch. Wir haben aber in dieser Zeit einer beginnenden politisch-proletarischen Revolution in der DDR bewiesen, dass wir der Kern der revolutionären Partei sind. Heute geht es darum, in die stattfindenden Kämpfe einzugreifen und die Lehren aus den vergangenen Kämpfen zu ziehen. Unabdingbar ist der vollständige Bruch mit den Handlangern der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Auf diesen Fundamenten gilt es, die Vierte Internationale, deren Kern die IKL ist, wieder zu schmieden. Für neue Oktoberrevolutionen weltweit! Schließt euch uns an! ■

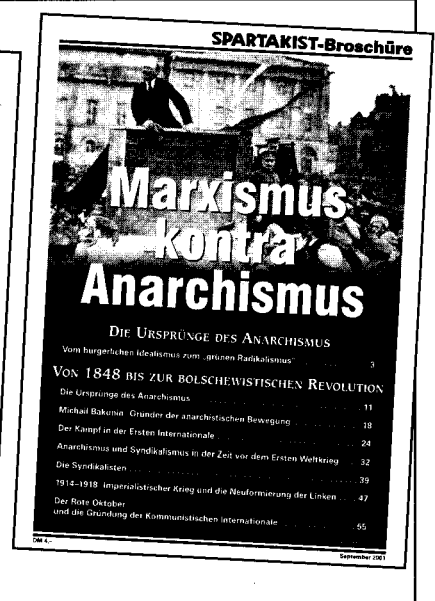
Bestellt!

**Lenin und die
Avantgardepartei**
deutsche Ausgabe
€ 1,50

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde
Postfach 235 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

**Marxismus
kontra
Anarchismus**
deutsche Ausgabe
€ 2,-



Stoppt die Hexenjagd gegen Michael Jackson!



16. Januar: Michael Jackson verlässt in Begleitung von Familienmitgliedern kalifornisches Gerichtsgebäude, nachdem er zur Anklage der Belästigung von Kindern „nicht schuldig“ plädierte

Michael Jackson, der 45-jährige schwarze Megastar, wegen seiner kometenhaften Musikkarriere auch der „King of Pop“ genannt, wird in einer neu aufgelegten Hexenjagd wieder einmal von gehässigen Staatsanwälten und skrupellosen Mediengiern verfolgt. Im Sinne der Anklage, angebliche „Belästigung von Kindern“, plädierte Jackson am 16. Januar auf „nicht schuldig“. Letzten November kündigte der Bezirksstaatsanwalt von Santa Barbara, Thomas Sneddon, einen Haftbefehl gegen Michael Jackson an, einen Tag nachdem mindestens 70 Ermittler der Polizei in Jacksons 10 km² große Neverland-Ranch eingedrungen waren und in seinem palastartigen Anwesen eine Durchsuchung durchführten, ohne jegliche Rücksicht auf seine Privatsphäre. Nachdem Michael Jackson dieser riesigen Demütigung ausgesetzt wurde, stellte er sich der Polizei am 20. November freiwillig und wurde gegen eine Kautions in der unglaublichen Höhe von 3 Millionen Dollar freigelassen – ein Vielfaches von dem, was bei prominenten Mordfällen üblich ist. Die Anklage gegen ihn lautete auf Belästigung von Kindern in sieben Fällen und Verabreichung von Alkohol an Kinder in zwei Fällen. Nachdem Jackson in der US-TV-Sendung *60 Minutes* berichtete, dass er während der Festnahme misshandelt worden war, drohte der Sheriff von Santa Barbara mit weiteren Anklagen gegen Jackson, weil dieser es gewagt hatte, über seine Behandlung auch nur zu berichten.

Seitdem wurde Jacksons Leben ins Chaos gestürzt; Berichten zufolge ist er schon seit geraumer Zeit in Schulden verstrickt, und selbst wenn er diesen Fall gewinnt, besteht die Gefahr, dass er Millionen Dollar an Gerichtskosten ver-

liert, ganz zu schweigen von den weiteren Auswirkungen, die das auf sein Leben und seine Karriere haben könnte. Falls er verlieren sollte, läuft er Gefahr, den Rest seines Lebens hinter Gittern zu verbringen, da für jede der Anklagen drei bis acht Jahre Gefängnis drohen.

Dieser Fall ist eine von der Regierung gesponserte Anti-Sex-Hexenjagd, die einen Mann ins Visier nimmt, der berühmt dafür ist, sowohl rassistische als auch sexuelle Identitäten herauszufordern. Der Fall zeigt wie in einem Bilderbuch, welche Hölle das kapitalistische Amerika ist, wo die Regierung Menschen wegen realer oder eingebildeter sexueller Abenteuer verfolgt – besonders wenn dabei Minderjährige im Spiel sind –, während sie gleichzeitig die Tugenden der „Demokratie“ und „Freiheit“ preist, indem sie ganze Länder in die Unterwerfung bombardiert. Die kapitalistischen Medien, deren

Hauptjob es ist, die Bevölkerung mit bürgerlichen Werten und Vorurteilen zu indoktrinieren, wie Hetze gegen Schwule und rassistische Klischees, fallen wie hungrige Hyänen über Prominente wie Michael Jackson her, wenn diese das Ideal „ein Mann auf eine Frau, und das fürs ganze Leben“ (solange sie „Erwachsene“ sind!) durchbrechen. Bei den meisten „Promi“-Shows, die es so gibt, kann man sehen, dass „abweichendes Verhalten“ mit Schikanen, moralischer Verdammung und, wo immer möglich, mit staatlicher Verfolgung bestraft wird, um für die Massen ein Exempel zu statuieren. Und wer ist eine bessere Zielscheibe für Verfolgung durch Staat und Medien als ein schwarzer Mann, der sehr feminin klingt, der Make-up trägt, weißer aussieht als viele „geborene“ Weiße und offen ausspricht, dass er sehr gerne sein Bett mit pubertierenden, meist weißen Jungen teilt?

Vor einem Jahrzehnt, als ähnliche Anschuldigungen gegen Michael Jackson erhoben wurden, sagten wir:

„Hexenjagden wie die gegen Michael Jackson werden für reaktionäre politische Ziele manipuliert und dienen dazu, die pervertierten und unterdrückerischen Werte der Bourgeoisie durch Einschüchterung zu stützen.“ (*Spartakist* Nr. 110, Februar 1994)

Diese „Moral“-kampagnen sind in Wirklichkeit dafür gedacht, die unterdrückerische Institution der Familie, Hauptquelle der Unterdrückung von Frauen und Kindern im Kapitalismus, aufzuwerten und zu glorifizieren. Sie dienen als Rammbock für soziale Reaktion, von der Hetze gegen Schwule bis hin zu Kampagnen gegen Abtreibung und

Wissenschaften. Der Staat hat nichts im Privatleben der Menschen zu suchen und schon gar nicht unter der Gürtellinie. **Regierung raus aus dem Schlafzimmer!**

Es wurde schon viel über Jacksons bizarres Auftreten und seinen Lebensstil gesagt. Es scheint, dass er sich mehr mit Schimpansen und Giraffen unterhält als mit Menschen, er liebt Kinder bis zur Besessenheit, verändert seine Gesichtszüge wie andere ihr Handycover auswechseln. Aber trotz jahrzehntelanger Kritik über seine plastischen Gesichtsoptionen, die ihm ein entrücktes (und entschieden nicht-schwarzes) Aussehen verliehen haben, sieht Michael im Vergleich zum wahrhaft schaurigen Meister der Fieslinge, Bezirksstaatsanwalt Thomas Sneddon, geradezu engelsgleich aus. Sneddon versprühte solch hemmungslose Schadenfreude über seine Chance, Jackson dranzukriegen – er hatte fast Schaum vor dem Mund, als er vor den Kameras stand –, dass er sich später für einige seiner Äußerungen entschuldigen musste. Unter anderem hatte er Jackson in einem Interview mit Court TV (20. November 2003) als „Jacko Wacko“ [etwa: der verrückte Jacko] bezeichnet und er hatte die Scharen von Reportern und Kameraleuten, die in der Stadt waren, um über den Fall zu berichten, dringend aufgefordert: „Bleibt lange hier und gebt viel Geld aus, denn wir brauchen eure Mehrwertsteuern, um unsere Ämter aufrecht zu erhalten“ (*Associated Press*, 26. November 2003).

Das ist der gleiche Typ, der Jackson 1993 hinter Gitter bringen wollte, als eine ebenso dürftige Anklage wegen Kindesbelästigung, vorgebracht von einem damals 13-jährigen Jungen, zu einem in schauriger Weise ähnlichen Medienzirkus führte und den Künstler einer unaussprechlichen Demütigung unterwarf, unter anderem musste er seine Genitalien fotografieren lassen. Jeder weiß heute, wie das ausging: Nach Monaten unerträglicher Untersuchungen und nachdem seine Karriere am Boden lag, erreichte Jackson einen Vergleich, bei dem Berichten zufolge mit 20 Millionen Dollar das Schweigen des Klägers erkaufte wurde.

Aber Details, die durch eine Untersuchung der *GQ*-Reporterin Mary Fisher herauskamen, enthüllten ein sehr durchsichtiges Komplott der Eltern und Anwälte des Klägers, einschließlich Beweise, dass der Vater des Jungen Geld verlangt hatte, bevor der Junge tatsächlich irgendeinen sexuellen Missbrauch behauptete. Am vernichtendsten war die Tatsache, dass dem Kind, schon bevor die ersten Anschuldigungen über sexuellen Missbrauch gemacht wurden, Natriumamytal verabreicht worden war, eine Droge, die

einen hypnoseartigen Zustand hervorruft. Schon seit 1952 zeigen Studien, dass unter dieser Droge leicht falsche Erinnerungen erzeugt werden können bei denjenigen, die unter ihrem Einfluss stehen. Fisher zitiert den Psychiater Philip Resnick aus Cleveland: „Es ist recht gut möglich, eine Vorstellung zu implantieren, indem man einfach eine Frage stellt... Die Vorstellung kann zur Erinnerung werden, und Studien haben gezeigt, dass diese Leute, selbst wenn man ihnen die Wahrheit sagt, auf einen ganzen Stapel Bibeln schwören würden, dass es doch passierte“ („Wurde Michael Jackson fälschlicherweise beschuldigt? Die bisher verschwiegene Geschichte“, *GQ*, Oktober 1994). Und genau das wollte Sneddon als „Beweis“ benutzen, bevor der Vergleich ihn um alle Zeugen brachte, mit denen er den Fall weiter hätte verfolgen können.

Ein Fall wurde daraus gemacht ... fadenscheinig, mit null Beweisen

Diesmal ist die Grundlage der Staatsanwaltschaft für einen Fall, selbst wenn sie die gegenwärtigen drakonischen Anti-Sex-Gesetze benutzt, dünner und durchsichtiger als eine Diätsuppe in Hollywood. Tatsächlich wurden in Kalifornien neue Gesetze über Belästigung von Kindern extra als Antwort auf die Hexenjagd von 1993 gegen Michael Jackson verabschiedet. Dazu gehören höhere Strafen und es wird einfacher, Beweise zuzulassen – auch „Hörensagen“ ist möglich. Selbst wenn das Kind seine Anklage des sexuellen Missbrauchs zurückzieht, kann der Angeklagte immer noch weiter verfolgt werden. Das Verrückteste von allem: Alle früheren **Behauptungen** gegen den Angeklagten können als „Beweismittel“ zugelassen werden, auch wenn die Anklagen zurückgezogen wurden oder sich direkt als Lügen herausgestellt haben, weil sie angeblich eine „Neigung“ zeigen, ein Verbrechen zu begehen – hört sich eher wie eine „Neigung“ an, von rachsüchtigen Staatsanwälten zu Unrecht beschuldigt zu werden.

Der gegenwärtige Fall selbst basiert auf fadenscheinigen Argumenten, unzuverlässigen Personen und null Beweisen. Es stellte sich heraus, dass der klagende Junge, seine Mutter und seine Geschwister zwischen dem 14. und 27. Februar 2003 von den Kinder- und Familienbehörden in Los Angeles County verhört worden waren, und zwar im Rahmen einer Untersuchung nach Ausstrahlung einer britischen TV-Dokumentation beim US-Fernsehsender ABC im Februar

Fortgesetzt auf Seite 16

Demonstranten auf dem Hollywood Walk of Fame verteidigen Jackson: „Dies ist eine üble Verschwörung“ und „Michael ist unschuldig“. Der Bezirksstaatsanwalt von Santa Barbara County, Thomas Sneddon, schaffte es vor zehn Jahren nicht, Michael Jackson etwas anzuhängen; besessen verfolgt er weiterhin seinen Rachefeldzug gegen den Künstler



Michael Jackson...

Fortsetzung von Seite 15

letzten Jahres. In dieser Sendung wird der Junge gezeigt, wie er sagt, er habe auf der Neverland-Ranch bei Michael Jackson übernachtet. Die Mutter sagte den Ermittlern, ihre Kinder „werden nie allein gelassen“ mit Michael, und als ihr Sohn in Michaels Schlafzimmer übernachtete, teilten sie tatsächlich nie dasselbe Bett. Der Junge und sein Bruder verneinten ausdrücklich jeglichen sexuellen Kontakt mit dem Popstar. Seine Schwester, die ihre Brüder bei Übernachtungen in Neverland begleitet hatte, bekräftigte dies und sagte, sie „habe niemals gesehen, dass irgendetwas sexuell Unangemessenes zwischen ihren Brüdern und dem Entertainer passierte“. Die Behörde und die Polizei schlussfolgerten, die Behauptungen seien „unbegründet“ (www.thesmokinggun.com, 9. Dezember 2003).

Einige Zeit später entschied die Mutter des Jungen, dass sich doch etwas „Unschickliches“ zugetragen habe. Aber wie der *Observer* (30. November 2003) festhält, enthüllte der Junge diese angeblichen „Unschicklichkeiten“ erst nach Besuch eines Therapeuten – und er wurde zu diesem Therapeuten gebracht, *nachdem* seine Familie schon einen Anwalt kontaktiert hatte, der in Verbindung steht zu den Behauptungen von 1993, Jackson habe Kinder belästigt. Und trotz der Behauptung des Bezirksstaatsanwalts, der sexuelle Kontakt habe nach der ersten Untersuchung der Behörde in Los Angeles stattgefunden, gibt es eine merkwürdige Überlappung, da die Anklage behauptet, die „anstößigen Handlungen“ begannen am 7. Februar, das heißt eine Woche vor der ersten Untersuchung. Der frühere Staatsanwalt von Los Angeles Chris Darden, bekannt geworden durch den O.J. Simpson-Fall, sagte: „Anscheinend will der Bezirksstaatsanwalt ... uns weismachen, dass Michael Jackson dieses Kind nicht nur vor der Untersuchung der Familienbehörde belästigte, sondern auch während die Untersuchung stattfand. Und dass er sogar nach dieser Untersuchung das Kind weiterhin belästigte“ (*CNN Legal Roundup*, 19. Dezember 2003).

Harvey Levin, der Produzent von *Celebrity Justice*: „Dieser Junge erzählte einem Therapeuten, dass ihn Michael



Library of Congress

Der international berühmte irische Schriftsteller Oscar Wilde wurde im viktorianischen England wegen Homosexualität an den Pranger gestellt, er würde „die Moral der Jugend verderben“

Jackson an seinen Genitalien gestreichelt habe, aber er ist ein sehr widerwilliger Zeuge. Er kam nicht von selbst und sprudelte nicht alles heraus, was angeblich zwischen ihm und Michael Jackson passiert war. Man sagt uns, dass es ihm buchstäblich aus der Nase gezogen werden musste, zuerst von Anwalt Larry Feldman und dann von einem Therapeuten, der dem Jungen schließlich die Geschichte entlockte“ (Yahoo! India News, 29. November 2003). Das klingt alles wie ein weiterer Fall von diesen falschen „wiedererlangten Erinnerungen“. Eins ist klar: Was auch immer zwischen den beiden passierte (falls überhaupt irgendetwas passierte), war vollständig in beiderseitigem Einverständnis.

Innerhalb der Familie des Jungen fliegen einem Anklagen über den Charakter der Beteiligten nur so um die Ohren. Der Vater des Jungen, dem das Sorgerecht für die Kinder entzogen wurde, nachdem er Anklagen über Miss-handlung des Ehepartners und Kindesmisshandlung nicht bestritt, behauptet, die Mutter habe ihre Kinder dazu gebracht, über diese Anklagen zu lügen, und er versucht nun, die Anklagen zu Fall zu bringen. Er sagt, er glaube Michael Jacksons Version der Geschichte, und versucht, für das Kind in diesem Fall einen eigenen Rechtsanwalt zu bekommen (*Celebrity Justice*, 1. Dezember 2003).

Wirklich ein moderner Fall von Lynchjustiz

Dieser Fall hat weltweit Aufmerksamkeit erregt, wie man es bei einem Rekorde brechenden Künstler erwarten kann. Fans von Tokio bis Budapest haben Mahnwachen und Demonstrationen zur Unterstützung von Michael Jackson abgehalten. Sogar die couragierte kanadische Website www.injusticebusters.com nahm sich eine kurze Auszeit vom kalten Saskatoon in der Provinz Saskatchewan, um diesen offensichtlichsten Fall von Ungerechtigkeit zu kommentieren. Sie verglichen es mit dem McMartin-Kindergarten-Fall vor 20 Jahren in Los Angeles. Damals führten die wildesten Fantasien über satanische Rituale und sexuellen Missbrauch von Kindern zu einer weitverbreiteten Anti-Sex-Hexenjagd und der Zerstörung Dutzender Leben, einschließlich die der Kinder, die eine Gehirnwäsche erhielten, damit sie ihre eigene Opferrolle glaubten.

Zu erwähnen ist, dass die Unterstützung für Jackson unter den Schwarzen in Amerika besonders stark ist. Im Unterhaltungsgeschäft haben sich mehrere sehr bekannte schwarze Künstler, vom „King of Comedy“ Steve Harvey über die R&B-Diva Alicia Keys bis zu den Rappern LL Cool J und Missy Elliot, für die Unterstützung Jacksons eingesetzt. Die schwarzen Demokraten Jesse Jackson Sr. und Al Sharpton pausierten kurzzeitig von ihren ewig gleichen Auftritten als Randgruppen-Liberale, die Illusionen in die Demokratische Partei verhökern, um sich zu der klaren Ungerechtigkeit dieses Falls zu äußern. Sogar die böseartig gegen Schwule und gegen Alles-was-mit-Sex-zu-tun-hat eingestellte Nation of Islam von Louis Farrakhan hat Jacksons Verteidigung auf der Titelseite ihrer Zeitung aufgegriffen, wo sie die Reaktion des schwarzen Aktivisten Dick Gregory auf Michaels Verhaftung zusammenfasst: „Wenn sie das einem Michael Jackson antun können – mit all seinem Geld und seinem Format –, dann können sie es jedem in der schwarzen Bevölkerung antun“ („Michael Jackson: Innocent Until Proven Guilty“ [Unschul-

dig, bis die Schuld erwiesen ist], *Final Call*, 4. Dezember 2003). Michaels Bruder Jermaine Jackson drückte es sehr zutreffend aus: Diese Verfolgung ist eine „moderne Form der Lynchjustiz“ (CNN, 20. November 2003).

Nieder mit den puritanischen Anti-Sex-Gesetzen!

Es gibt gerechtfertigte Wut darüber, dass, wenn du als Schwarzer geboren bist, Geld dich im rassistischen Amerika nicht davor bewahrt, zur Zielscheibe staatlicher Repression und falscher Beschuldigungen zu werden. Aber viele derjenigen, die Jackson diesmal verteidigen, stehen der Vorstellung, erwiesene „Pädophile“ einzukerkern, recht wohlwollend gegenüber. Leute, die normalerweise rückständiges, gegen Schwule und gegen „Pädophile“ gerichtetes religiöses Bewusstsein haben, nehmen sich jetzt Jacksons an, und für ihn ist das tatsächlich eine gute Sache. Aber im Gegensatz zu den unzähligen Pastoren und Rapstars, die sagen, dass Michael sich nie eines solch „abscheulichen Verbrechens“ schuldig machen würde wie Sex mit 12-jährigen Jungen, verteidigen wir ihn gegen staatliche Verfolgung, gerade weil wir für das Recht von Menschen kämpfen, Sex im gegenseitigen Einverständnis mit jedem zu haben, mit dem sie das möchten. Die einzige Richtlinie, die in sexuellen Beziehungen existieren sollte, ist die Regel des *tatsächlichen gegenseitigen Einverständnisses*, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Rasse. Die Verteidigung von Michael Jackson ist auch eine Verteidigung der Privatsphäre und der sexuellen Freiheit aller.

Es ist möglich, dass Michael Jackson in seiner Beziehung zu Jungen durch und durch asexuell war, wie er standhaft betont, aber für uns ist das irrelevant. Jackson wurde angeklagt unter dem Teil des kalifornischen Strafrechts, in dem es um „unzüchtige Handlungen an einem Kind“ geht. Dort werden Handlungen verboten, die die Absicht haben, Lust, Leidenschaft oder sexuelle Wünsche der Person oder des Kindes anzustacheln, daran zu appellieren oder sie zu befriedigen. Der Staat macht klar und bewusst keinen Unterschied zwischen erzwungenen und gegenseitig erwünschten sexuellen Handlungen.

Der kapitalistische Staat will jeden Sex für junge Menschen verbieten, um sie für ein Leben unerfüllter Wünsche und Verlangen vorzubereiten, indem er Abstinenz, Schuld und Angst vor sexuellem Verlangen verbreitet. Diese Gesetze haben nichts damit zu tun, Kinder zu schützen; ihre ganze Aufgabe ist es, puritanische Wertvorstellungen zu verstärken, die die Religion propagiert, und eine moralische Rechtfertigung zu liefern für die Einmischung der Regierung in alle anderen Aspekte des Lebens. Als Marxisten wenden wir uns gegen alle Gesetze, die einvernehmlichen Sex für Jugendliche kriminalisieren, ob mit oder ohne volljährige Partner. **Nieder mit allen reaktionären „Minderjährigkeitsgesetzen!“**

Im Fall von Jackson treffen offene Anti-Schwulen-Hetze, reaktionäre, staatlich erzwungene Stigmatisierung von Sex zwischen den Generationen und rassistische Vorurteile aufeinander. Und genauso wie wir Michael Jackson gegen diese bössartige Vendetta verteidigen, haben wir schon immer die North American Man/Boy Love Association (NAMBLA) – die für das Recht von Männern und Jungen eintritt, sexuelle Beziehungen im gegenseitigen Einverständnis zu haben – gegen staatliche Repression verteidigt. Wir sind gegen die Internet-Schnüffelei der Regierung und ihre Anti-Kinder-Pornographie-Fangschaltungen, die nicht nur sexuelle Zusammentreffen kriminalisieren, sondern sogar den Gebrauch visueller Hilfsmittel zum Masturbieren.

In den entsetzlich repressiven, sexfeindlichen Vereinigten Staaten des 21. Jahrhunderts werden Menschen wie

Jackson, die es wagen, offen körperlichen gegenseitigen Kontakt mit Kindern zu haben, ob nun Sex dabei eine Rolle spielt oder nicht, stigmatisiert und verfolgt. Als Oscar Wilde 1895 ins Gefängnis gesteckt wurde, war er nach den Grundsätzen der beschränkten, engstirnigen und intoleranten Moral des viktorianischen Englands „schuldig“ nicht nur des „grob unsittlichen Verhaltens“ (Homosexualität), sondern auch des „Verderbens der Moral der Jugend“. Heute ist fast jeder der Meinung, dass Wilde von seinen puritanischen Anklägern brutal zum Opfer gemacht wurde. Aber seine Verurteilung zu zwei Jahren Zwangsarbeit würde nach heutigen amerikanischen Standards als viel zu *nachsichtig* gelten; viele verurteilte „Pädophile“ werden Jahrzehnte ins Gefängnis gesteckt aufgrund von Anklagen, die denen gegen Jackson oder Wilde ähneln. Solche Fortschritte haben wir während des letzten Jahrhunderts gemacht!

Michael Jackson muss auch gegen Versuche angehen, seine drei Kinder aus seiner Vormundschaft zu reißen, denn jeder, der wegen „Belästigung von Kindern“ angeklagt ist, wird letztlich von den Gerichten als „für Elternpflichten ungeeignet“ angesehen. Gloria Allred, eine Anwältin auf der Jagd nach Publicity, die eine ganz persönliche Vendetta gegen Jackson führt, seit sie 1993 kurzzeitig seinen damaligen Kläger repräsentierte, hat wiederholt die Beamten der Familienfürsorge aufgefordert, ihm seine Kinder wegzunehmen. Sie behauptet, es bestehe ein „beträchtliches Risiko, dass das Kind von seinem/ihrer Vater sexuell missbraucht wird“ (AP, 21. November 2003). Allred, die berüchtigt ist für ihren Versuch, O.J. Simpsons Kinder nach seinem Gerichtsverfahren wegzuholen, hat sich auf Jackson eingeschossen seit dem seltsamen (aber wirklich nicht lebensgefährlichen) Vorfall, bei dem er sein Baby aus dem Fenster eines deutschen Hotels hielt, damit seine Fans es sehen konnten. Jeder, der auch nur das Geringste weiß über den Horror, den „staatliche Vormundschaft“ für ein Kind bedeutet, wird dies als ein weiteres Beispiel dafür sehen, dass dem Staat das Wohlergehen der Kinder vollkommen egal ist – und dass diese „Familienwerte“ der moralischen Kreuzritter nichts damit zu tun haben, Kinder zu beschützen oder irgendjemanden sonst. **Hände weg von Michael Jackson! Leave him alone!**

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 818, 23. Januar 2004

Women and Revolution

Gebundene Ausgabe

Wir sind stolz, die erste gebundene Ausgabe von *Women and Revolution* zu präsentieren, Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S. *Women and Revolution*, jetzt integriert in *Spartacist*, die theoretische und dokumentarische Quellsammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), widerspiegelt unsere Verpflichtung auf den Kampf für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution.

Dieser Band, in Leinen gebunden und mit ausführlichem Sachregister, enthält die Ausgaben Nr. 1 (Mai/Juni 1971) bis Nr. 20 (Frühjahr 1980)

€ 27,-

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

China...

Fortsetzung von Seite 11

Arbeitsminister Zhang Zuojie teilte im gleichen Jahr mit, dass von den 26 Millionen Arbeitern, die seit 1998 von staatlichen Betrieben entlassen wurden, nur 17 Millionen wieder eingestellt worden sind. Und in dieser Hinsicht verschlechtert sich die Lage rapide. Nach Regierungsstatistiken wurden in der ersten Hälfte des Jahres 2002 nur 9 Prozent der entlassenen Arbeiter wieder eingestellt im Vergleich zu 50 Prozent im Jahre 1998. In vielen Städten Chinas stehen Arbeiter, auf der Suche nach Beschäftigung, am Straßenrand Schlange mit umgehängten Schildern, auf denen ihre Qualifikation zu lesen ist: Elektriker, Tischler, Klempner.

In erster Linie hat das Beijinger Regime das Anwachsen der Arbeitslosigkeit durch eine enorme Ausweitung der Projekte öffentlicher Arbeiten zu verlangsamen versucht, mit Eigenmitteln finanziert durch eine immer höhere Staatsverschuldung. Doch in nicht so ferner Zukunft wird das stalinistische Beijinger Regime vor einige schwierige Entscheidungen gestellt werden. Um den Anteil am Sozialprodukt zu erhöhen, der als Steuern eingetrieben wird, wird es erforderlich sein, die Gewinne und Einkommen der kapitalistischen Unternehmer und auch die der reicheren Kleinbürger zu beschneiden. Die *Fair Eastern Economic Review* (10. Oktober 2002), die bestimmt keinen antikapitalistischen Standpunkt vertritt, bemerkte: „Die pulsierenden Privatsektoren der Küstenwirtschaft sind berüchtigt für ihre lockere Moral beim Steuerzahlen.“ Um als Alternative die Staatsausgaben drastisch zu verringern, wäre es erforderlich, viele weitere Millionen Arbeiter auf die Straße zu setzen und ihre dürftigen Sozialleistungen (z. B. Renten) zu kürzen. An diesem Punkt könnten Differenzen in der KPCh-Führung über die Politik, die mit wachsenden sozialen Spannungen zusammentreffen, ein Auseinanderbrechen der Bürokratie einleiten.

Im Jahr 2002 trat eine so genannte „vierte Generation“ von KPCh-Führern, vertreten durch Hu Jintao als Staatspräsident und Wen Jiabao als Ministerpräsident, die Nachfolge des Jiang-Regimes an. Wie Deng vor ihm, behielt Jiang weiterhin die oberste Amtsgewalt, indem er der Chef der Zentralen Militärkommission der KPCh blieb, d. h. faktisch der Befehlshaber von Chinas Streitkräften. Die ideologische Einstellung der Führer der „vierten Generation“ weist auf den widersprüchlichen sozialen Druck hin, dem sie ausgesetzt sind. Sie traten noch unverhohlener propkapitalistisch auf (sie legitimierten die Parteimitgliedschaft

für Unternehmer und schlugen vor, „Eigentumsrechte“ in der Verfassung zu verankern).

Gleichzeitig machte sich die neue KPCh-Führung einen „populistischeren“ Politikstil zu Eigen als das farblose, technokratische Jiang-Regime. So fuhr Wen Jiabao kurz vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten in bitterer Kälte in einen Kohlenschacht ein, um mit den dort beschäftigten Bergarbeitern das neue Mondjahr zu feiern. Und erst kürzlich pries *China Daily* (30. Oktober 2003) das persönliche Eingreifen von Wen, als er einem Wanderarbeiter vom Bau dabei half, noch ausstehenden Lohn einzutreiben, und kommentierte, dass dies „die Tatsache bestätigt, dass die neue volksnahe Führung sich durchgesetzt hat, wenn es darum geht, sich um die Unterprivilegierten im Lande zu kümmern“.

Diese „populistischen“ Gesten wurden begleitet von Versprechungen, die Kluft zwischen Arm und Reich und zwischen den relativ wohlhabenden Küstenprovinzen und den ärmeren Regionen Zentral- und Westchinas zu verringern. Wenn das nicht nur leeres Gerede ist, sondern auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Regimes über Wirtschaftspolitik und Prioritäten hinweist, könnten die daraus resultierenden Fraktionskämpfe zu Öffnungen in der politischen Lage führen. In diesem Falle werden die entscheidenden Faktoren das politische Bewusstsein der chinesischen Arbeiterklasse und anderer Werktätiger sowie die Fähigkeit der revolutionären Marxisten (d. h. Leninisten-Trotzkisten) sein, zu intervenieren und dieses Bewusstsein zu verändern und zu heben.

Für Arbeiterdemokratie!

In Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion erlagen in den 80er- und frühen 90er-Jahren viele Arbeiter sowie die meisten Intellektuellen der Illusion, die Einführung von westlichem Kapitalismus würde rasch zu westlichem Lebensstandard führen. Aber chinesische Arbeiter und die Armen der Städte haben schon eine große Dosis an westlichem (und japanischem) Kapitalismus abgekriegt in Form von Hunderten von Milliarden Dollar an ausländischen Investitionen und Joint Ventures. Sie haben auch mit der zunehmenden Anwesenheit chinesischer kapitalistischer Ausbeuter, sowohl von innerhalb als auch von außerhalb der Volksrepublik, Bekanntheit gemacht. Und worauf diese Erfahrungen hinauslaufen, ist eine massive Zunahme von Arbeitslosigkeit, sozialer Ungleichheit und Einkommensunterschieden.

Alles weist darauf hin, dass es in der Bevölkerung eine tiefe und weit verbreitete Feindschaft gegen jene kapitalistischen Elemente gibt, die gegenwärtig in China existieren. Eine Meinungsumfrage, die Anfang 2003 von der Volksuniversität durchgeführt wurde, ergab, dass nur fünf Prozent der Befragten glauben, dass die Neureichen ihren Reichtum rechtmäßig erworben haben. Der Vorschlag, der 2002 auf dem 16. Kongress der KPCh im Umlauf war, „Eigentumsrechte“ in der Verfassung zu verankern, provozierte so etwas wie eine heftige Gegenreaktion der Bevölkerung. In den letzten paar Jahren kam es zu einer Welle von Morden an reichen Finanzgrößen.

Während chinesische Arbeiter kaum Illusionen in westlichen Kapitalismus haben, verhält es sich anders bei der Frage von westlicher „Demokratie“. Wenn sich die politische Lage in China öffnet, werden antikommunistische konterrevolutionäre Gruppen und Parteien ihr Eintreten für „freie Marktwirtschaft“ zweifellos verbergen und stattdessen „Demokratie“ propagieren, d. h. eine parlamentarische Regierung, die auf der Grundlage von gleichem Wahlrecht gewählt ist. Typisch für solche Typen ist Han Dongfang, ein proimperialistischer „Dissident“, der die Zeitschrift *China Labour Bulletin* in Hong Kong herausgibt und ein Liebling rechtsgerichteter Kongressabgeordneter und der anti-

„Marktsozialismus“ und Maos Erbe Wohin geht China?



In chinesischer
Sprache erhältlich!

24 Seiten
€ 1,-

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

kommunistischen AFL-CIO-[Gewerkschafts-] Bürokratie in den Vereinigten Staaten ist.

Eine parlamentarische Regierung ist in Wirklichkeit eine politische Form der Diktatur der Bourgeoisie. In einem solchen System ist die Arbeiterklasse politisch reduziert auf atomisierte Individuen. Die Bourgeoisie kann die Wähler – bei denen die Stimme eines Fabrikarbeiters genauso viel zählt wie die Stimme eines Fabrikmanagers oder eines Technokraten – wirksam manipulieren durch ihre Kontrolle über die Medien, das Bildungssystem und die anderen Einrichtungen, die die öffentliche Meinung prägen. In allen kapitalistischen „Demokratien“ sind gewählte und nicht gewählte Regierungsbeamte von den Banken und Großunternehmen gekauft und bezahlt.

So erklärte Lenin in seiner klassischen Polemik gegen die Sozialdemokratie, *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* (November 1918):

„Auf Schritt und Tritt stoßen die geknechteten Massen auch im demokratischsten bürgerlichen Staat auf den schreienden Widerspruch zwischen der von der ‚Demokratie‘ der Kapitalisten verkündeten *formalen* Gleichheit und den Tausenden *tatsächlicher* Begrenzungen und Manipulationen, durch die die Proletarier zu *Lohnsklaven* gemacht werden...“

In der bürgerlichen Demokratie werden die Massen von den Kapitalisten mit tausenderlei Kniffen, die umso raffinierter und wirksamer sind, je entwickelter die ‚reine‘ Demokratie ist, von der Teilnahme an der Regierung, von der Ausnutzung der Versammlungs- und Pressefreiheit usw. *abgehalten*... Die Teilnahme am bürgerlichen Parlament (das in der bürgerlichen Demokratie *nie* über die wichtigen Fragen *entscheidet*: diese Fragen werden von der Börse, von den Banken entschieden) ist den werktätigen Massen durch tausenderlei Hindernisse *versperrt*, und die Arbeiter wissen und empfinden, sehen und fühlen ausgezeichnet, daß das bürgerliche Parlament eine ihnen *fremde* Einrichtung ist ...“ [Hervorhebung im Original]

Unter der bürgerlichen Demokratie haben die Arbeiter lediglich die Illusion, etwas Kontrolle oder Macht über die Regierung zu haben. Doch unter einem Arbeiterstaat ist die Frage der Arbeiterdemokratie keine Abstraktion oder Illusion, sondern im Grunde eine Frage der *Macht*. In einem Arbeiterstaat wie China ist die Diktatur des Proletariats durch stalinistische Misswirtschaft deformiert – das Proletariat als Klasse ist von der politischen Macht ausgeschlossen, die stattdessen allein von einer arbeiterfeindlichen Bürokratenkaste ausgeübt wird, deren Politik letztendlich die ganze Existenz des Arbeiterstaates bedroht. Die Arbeiterklasse und die Werktätigen auf dem Lande können wirkliche politische Macht nur durch eine Diktatur des Proletariats ausüben, in der ihre *eigenen* staatlichen Klassenorgane herrschen, die Sowjets (der russische Begriff für Räte), die allen Parteien offen stehen, die die kollektivierten Grundlagen des Arbeiterstaates verteidigen. In dem gleichen Werk, das bereits oben zitiert wurde, erläuterte Lenin:

„Die Sowjets sind die unmittelbare Organisation der werktätigen und ausgebeuteten Massen selbst, die es ihnen *erleichtert*, den Staat selbst einzurichten und in jeder nur möglichen Weise zu leiten. Gerade die Vorhut der Werktätigen und Ausgebeuteten, das städtische Pro-



Peter Turnley

Mai 1989: Kontingent der Beijinger Unabhängigen Arbeiterföderation auf dem Tiananmen-Platz. Teilnahme des Proletariats an den studentischen Massenprotesten kündigte beginnende politische Revolution an

letariat, erhält hierbei den Vorzug, da es durch die Großbetriebe am besten vereinigt ist; es kann am leichtesten wählen und die gewählten Deputierten kontrollieren. Die Sowjetorganisation *erleichtert* automatisch den Zusammenschluss aller Werktätigen und Ausgebeuteten um ihre Vorhut, das Proletariat. Der alte bürgerliche Apparat – das Beamtentum, die Privilegien des Reichtums, der bürgerlichen Bildung, der Beziehungen usw. (diese tatsächlichen Privilegien sind umso mannigfaltiger, je entwickelter die bürgerliche Demokratie ist) – all das fällt bei der Sowjetorganisation fort...

Die proletarische Demokratie ist *millionenfach* demokratischer als jede bürgerliche Demokratie; die Sowjetmacht ist millionenfach demokratischer als die demokratischste bürgerliche Republik.“ [Hervorhebung im Original]

Die Alternativen, vor denen China steht, sind proletarisch-politische Revolution oder blutige kapitalistische Konterrevolution. Man muss feststellen, dass eine Restauration des Kapitalismus auf keinen Fall irgendeine Form bürgerlicher Demokratie hervorbringen wird. Die konterrevolutionäre Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas lassen erahnen, was der Kapitalismus für Chinas Arbeiter auf Lager hat: Bruderkriege, Armut und Arbeitslosigkeit, allseitige gesellschaftliche Verwüstung (siehe „Why We Fought to Defend the Soviet Union“, *Workers Vanguard* Nr. 809 und 810, 12. und 26. September 2003).

Es ist kein Zufall, dass zur Zeit von Jelzins konterrevolutionärem Putsch 1991 viele „demokratische“ Jelzin-Anhänger die Meinung vertraten, dass ein „russischer Pinochet“ gebraucht würde, um die im Entstehen begriffene kapitalistische Herrschaft in der ehemaligen Sowjetunion zu managen. Der Wirtschaftswissenschaftler Gawril Popow, ein wichtiger Verbündeter Jelzins und Chefideologe der „Demokratischen Plattform“ in der sowjetischen KP, der 1991 zum Bürgermeister Moskaus gewählt wurde, gab offen zu, dass die Einführung des Kapitalismus unvereinbar sei mit bürgerlicher Demokratie:

„Jetzt müssen wir eine Gesellschaft mit einer Anzahl unterschiedlicher Eigentumsformen schaffen, einschließlich des Privateigentums; und dies wird eine Gesellschaft wirtschaftlicher Ungleichheit sein. Es wird Widersprüche geben zwischen einerseits der Politik, die zu Entstaatlichung, Privatisierung und Ungleichheit führt, und andererseits dem populistischen Charakter der Kräfte, die in

Fortgesetzt auf Seite 20

China...

Fortsetzung von Seite 19

Bewegung gesetzt wurden, um diese Ziele zu erreichen. Die Massen sehnen sich nach Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Gleichheit. Und je weiter der Umwandlungsprozess voranschreitet, umso zugespitzter und krasser wird sich die Kluft zwischen dieser Hoffnung und der wirtschaftlichen Realität auftun.“ („Dangers for Democracy“ [Gefahren für die Demokratie], *New York Review of Books*, 16. August 1990)

Selbst in der ehemaligen UdSSR, die eine industrielle und militärische Weltmacht war, reicht die Bandbreite der kapitalistischen politischen Regime in den einzelnen Republiken von halb-bonapartistischer „parlamentarischer“ Herrschaft bis zur offenen Diktatur. In einem kapitalistischen China würden die Massen noch viel gewaltigeren sozialen Erschütterungen und viel größerem Elend unterworfen.

Darüber hinaus wurde die alte russische Bourgeoisie als Klasse zerschlagen, wohingegen die chinesische Bourgeoisie einfach von der Revolution ins Ausland vertrieben wurde und heute bereit steht, ihre verlorenen Besitztümer zurückzuverlangen und Rache vor allem an dem kämpferischen Proletariat zu nehmen. Die Restauration des Kapitalismus könnte eine Wiederbelebung des alten vom Imperialismus geförderten Kriegsherrentums mit sich bringen, das typisch war für das vorrevolutionäre China, und zu einer Unterjochung und Zerstückelung des Landes durch den westlichen und japanischen Imperialismus führen und dabei in Nordkorea und Vietnam massive Verwüstungen anrichten.

Um in kapitalistischen Ländern Sowjetdemokratie zu erreichen, ist eine proletarisch-soziale Revolution notwendig, die die Bourgeoisie enteignet und das kapitalistische Profitsystem stürzt. Im Gegensatz dazu ist in China eine proletarisch-politische Revolution notwendig, um die herrschende Bürokratie zu stürzen und Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten die Macht zu geben. Eine solche politische Revolution hat die bedingungslose Verteidigung der kollektiven Wirtschaft, die die soziale Grundlage des Arbeiterstaates ist, zur Voraussetzung. Ihr Programm wurde von Trotzki in seiner klassischen Analyse von Stalins Russland, *Die verrätene Revolution* (1936), zusammengefasst:

„Es handelt sich nicht darum, eine herrschende Clique durch eine andere zu ersetzen, sondern darum, die Methoden selbst zu ändern, nach denen die Wirtschaft und die Kultur geleitet werden. Das bürokratische Selbstherrschertum muss der Sowjetdemokratie Platz machen. Die Wiederherstellung des Rechts auf Kritik und wirklich freie Wahlen ist die notwendige Vorbedingung für die weitere Entwicklung des Landes. Das setzt voraus, daß den Sowjetparteien, angefangen mit der Partei der Bolschewiki, die Freiheit wiedergegeben wird und daß die Gewerkschaften wiederauferstehen. Auf die Wirtschaft übertragen, bedeutet die Demokratie die radikale Revision der Pläne im Interesse der Werktätigen... Die ‚bürgerlichen Verteilungsnormen‘ werden auf das unbedingt Notwendige zurückgeführt werden, um in dem Maße, wie der gesellschaftliche Reichtum wächst, der sozialistischen Gleichheit Platz zu machen... Die Jugend wird frei atmen, kritisieren, sich irren und reifen können. Wissenschaft und Kunst werden von ihren Ketten befreit. Schließlich wird die Außenpolitik zu den Traditionen des revolutionären Internationalismus zurückkehren.“

Der Kampf um Arbeiterdemokratie ist aufs engste verbunden mit dem Kampf für die Ausweitung der Revolution. Marx schrieb einst, dass mit dem Mangel die Not verallgemeinert wird und „mit der Notdurft auch der Streit um das



Spartakist

Berlin, Januar 2003, Demo zu Ehren von Lenin, Liebknecht, Luxemburg: Spartakisten für die Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistischen Angriff und innere Konterrevolution

Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte“. Die materielle Basis für den Bürokratismus ist der Mangel: Die Bürokratie hält sich für den Schiedsrichter darüber, wie knappe Ressourcen eingesetzt und verteilt werden. Die historische Notwendigkeit stellt wieder mit aller Macht die Frage des revolutionären Internationalismus. Ohne ein sozialistisches Amerika, ein sozialistisches Europa, ein sozialistisches Japan werden die Werktätigen Chinas nicht in der Lage sein, Mangel und Not zu beseitigen. Tatsächlich wird das Schicksal des chinesischen Proletariats – das Schicksal der Werktätigen und Unterdrückten auf der ganzen Welt – im Kampf für internationale sozialistische Revolution entschieden werden.

Die Internationale Kommunistische Liga hat sich verpflichtet, dieses revolutionäre marxistische Programm – das einzige Programm, das China gegen die mächtigen Kräfte der vom Imperialismus unterstützten Konterrevolution verteidigen kann – zu den Arbeitern und ländlichen Massen im heutigen China zu bringen.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 815, 5. Dezember 2003

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl. *Spartacist* (englische Ausgabe) und *Black History*

Luftpost € 25,-
11 Ausgaben € 12,50

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Brasilien...

Fortsetzung von Seite 28

„Wiedergeborenen“, der Allgemeinen Kirche des Königreichs Gottes, die, wie nicht anders zu erwarten, gegen Abtreibung und gegen Rechte für Schwule ist.

Lula erklärte sein Bündnis mit Alencar folgendermaßen: „Es wird ermöglichen, erstmals die Einheit der Arbeiterbewegung mit dem Repräsentanten des Kapitals zu symbolisieren, mit der Perspektive, in diesem Land einen neuen Gesellschaftsvertrag, neue Beziehungen in der brasilianischen Gesellschaft, herzustellen“ (*O Estado de São Paulo*, 22. Juni 2002). In Wirklichkeit ist dies nicht das „erste Mal“, dass sich die PT um solch ein nationalistisches Bündnis der Klassenzusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit bemüht hat; spätestens seit den Präsidentschaftswahlen von 1989 ist dies ihr Programm und ihre Perspektive.

Die Volksfront fesselt das Proletariat an den Klassenfeind und ordnet die Interessen der Arbeiter der kapitalistischen Herrschaft unter. Die gesamte Geschichte des Leninismus und des Trotzismus war ein Kampf gegen Klassenzusammenarbeit, und für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse. Nur so war die bolschewistische Partei dazu im Stande, die Arbeiter Russlands im Oktober 1917 an die Macht zu führen. Nach der Februarrevolution, die die zaristische Monarchie stürzte, traten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Kräften bei. Lenins Bolschewiki prangerten dies als Verrat am Proletariat an, lehnten es ab, der Regierung irgendwelche Unterstützung zu geben, und forderten „Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!“ Es zeugt vom Ausmaß der bürokratischen Degeneration des sowjetischen Arbeiterstaats, dass die stalinisierte Kommunistische Internationale, allen Erfahrungen der bolschewistischen Revolution zuwider, auf ihrem VII. Weltkongress 1935 die „Volksfront“ festschrieb. Die Politik der Volksfront schwor dem revolutionären Internationalismus, der die Russische Revolution beseelt hatte, ab und war Bestandteil der vergeblichen Strategie des Kreml, den Weltimperialismus durch Torpedierung von Arbeiterrevolutionen auf der ganzen Welt zu beschwichtigen.

Manöver der Klassenzusammenarbeit wie die Volksfront stellen eine Garantie für die Bourgeoisie dar, dass die kapitalistische Wirtschaft und das Privateigentum geschützt werden. Die Erfahrung in Chile Anfang der 70er-Jahre veranschaulicht dies. 1970 kam Salvador Allende an die Macht als Anführer der Unidad Popular, einer Volksfront aus Sozialistischer Partei und Kommunistischer Partei in Koalition mit kleinen bürgerlichen Formationen. Die Unidad Popular war dem Schutz des bürgerlichen Staates verpflichtet und predigte, die Arbeiter sollten den „verfassungstreuen Offizieren“ in den oberen Rängen des Militärs vertrauen. Um die Zeit von Allendes Machtübernahme schrieben wir:

„Es ist die elementarste Pflicht für revolutionäre Marxisten, sich bei den Wahlen unversöhnlich gegen die Volksfront zu wenden und absolut kein Vertrauen in sie zu setzen, wenn sie an der Macht ist. Jede ‚kritische Unterstützung‘ für die Allende-Koalition ist Klassenverrat und bereitet eine blutige Niederlage für die Arbeiterklasse vor, sobald die nationale Reaktion, unterstützt vom internationalen Imperialismus, bereit ist.“ („Chilean Popular Front“ [Chilenische Volksfront], *Spartacist*, englische Ausgabe Nr. 19, November/Dezember 1970)

Tragischerweise erwiesen sich unsere Warnungen als richtig. 1973 führte General Augusto Pinochet einen blutigen Putsch an, der die Linke und die Gewerkschaften in Chile zerschlug und eine Spur Tausender Gefolterter, Verschwundener und Ermordeter zurückließ. Dies ist ein Bei-

Streikende
Beschäftigte
im öffentlichen
Dienst prangern
Lula als
Verräter an



spiel dafür, weshalb Leo Trotzki, zusammen mit Lenin Führer der bolschewistischen Revolution von 1917, sagte, dass die Volksfront keine Taktik ist, sondern das größte Verbrechen.

Der Hauptunterschied zwischen dem heutigen Brasilien und dem Chile der frühen 70er-Jahre ist, dass sich Chile in einer vorrevolutionären Situation befand, und die Volksfront diente dazu, diese zu entschärfen. Dagegen kam Lula mit dem Segen der brasilianischen Bourgeoisie an die Macht, weil die Kapitalisten sich dachten, dass er die Autorität besitze, die Arbeiter zur Hinnahme von Austeritätsmaßnahmen zu bewegen. Außerdem wollten Teile der brasilianischen Bourgeoisie – weniger als ein Jahr nach den anhaltenden Protesten in Argentinien gegen das Ausbluten der Wirtschaft des Landes durch den IWF – einen Präsidenten, der sich dafür empfahl, jeglichen potentiellen Kampf unter Kontrolle zu halten oder zu verhindern. Die PT ist eine bürgerliche Arbeiterpartei, eine Partei mit einer Arbeiterklassenbasis, deren Führung aber ein prokapitalistisches Programm vertritt. Dieser Widerspruch zwischen der Basis und der Spitze einer solchen Partei wird unterdrückt, wenn sie an die Regierung kommt und den kapitalistischen Staat verwaltet. In der Tat ist Lula sowohl den Imperialisten wie auch der brasilianischen Bourgeoisie ein verlässlicher Gehilfe.

Die Internationale Kommunistische Liga lehnt Volksfronten und alle anderen Formen der Klassenzusammenarbeit *aus Prinzip* ab, das ist ein Kernstück unseres Kampfes für die *politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse und gegen ihre Unterordnung unter die Bourgeoisie*.

Lula-Regime greift Arbeiter, Bauern, Arme an

In ihrem ersten Amtsjahr produzierte die Lula-Regierung einen Haushaltsüberschuss, der sogar noch höher ausfiel als vom IWF gefordert. Dies wurde durch radikale Kürzung der Sozialausgaben und verstärkte Entlassungen in Verbindung mit staatlicher Repression erreicht. Die Regierung gab zum Beispiel in einem Quartal im letzten Jahr 48 Milliarden Real (ungefähr 17 Milliarden Dollar) für Kreditzinszahlungen an den IWF aus, während sie gleichzeitig weniger als ein Drittel dieses Betrages in Infrastrukturmaßnahmen investierte. Seit Lulas Amtsübernahme ist die Arbeitslosigkeit um etwa 600 000 gestiegen. Laut *New York Times* (4. Januar) hat sich die Kaufkraft der Bevölkerung um 20 Prozent verringert, während im Vergleich zum letzten Amtsjahr der vorhergehenden Regierung die Sozialausgaben um 8 Prozent gekürzt wurden.

Der Angriff der Regierung auf das Rentensystem rief Empörung hervor. Diese am 11. Dezember erlassene und

Fortgesetzt auf Seite 22

Brasilien...

Fortsetzung von Seite 21

vom IWF freudig begrüßte Maßnahme wird die Renten der Arbeiter im öffentlichen Dienst drastisch senken. Das Mindestrentenalter wird für Männer auf 60 Jahre und für Frauen auf 55 Jahre angehoben. Das offizielle Renteneintrittsalter für Männer liegt damit jenseits der durchschnittlichen Lebenserwartung von 59 Jahren. Als Antwort auf die beabsichtigten Rentenkürzungen organisierte die Central Única dos Trabalhadores (CUT – Alleinige Zentrale der Arbeiter) – der riesige mit der PT verbundene Gewerkschaftsdachverband – im Juli einen Streik von 800 000 Arbeitern im öffentlichen Dienst, der über einen Monat andauerte. Als das Rentenreformgesetz dem brasilianischen Senat und dem Nationalkongress vorgelegt wurde, wagten es vier Parlamentarier des „linken Flügels“ der PT, dagegen zu stimmen. Lulas PT-Führung rächte sich dafür und schloss sie im Dezember aus der Partei aus.

Ein weiterer Fall, in dem die Lula-Regierung ihre Loyalität gegenüber dem Kapitalismus bewiesen hat, ist die Landfrage. Lulas ehemalige Verbündete von der Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST - Bewegung landloser Bauern) forderten Land für 120 000 Bauern. Lula machte ihre Hoffnungen zunichte, indem er seine Versprechungen auf nur 7000 Parzellen zurechtstutzte. Da noch nicht einmal diese verteilt wurden, kam es zu einer massiven Landbesetzungswelle durch die Bauern. Im Gegenzug erteilte Lula den großen Latifundiários (Plantagenbesitzer) die Genehmigung, zur Verteidigung ihres Eigentums paramilitärische Mörderbanden zu bewaffnen. Die Pastoral Land Commission dokumentierte, dass zwischen Januar und November 2003 71 Landarbeiter ermordet wurden. Gleichzeitig werden Bauernführer eingekerkert; José Rainha, ein Führer der MST, wurde für eine Landbesetzung im Jahr 2000 verurteilt und ab Juli 2003 – also unter Lulas Regime – für über drei Monate ins Gefängnis gesteckt.

Im Dezember unterzeichnete die Lula-Regierung ein Gesetz, das das Mindestalter für den Besitz von Schusswaffen auf 25 Jahre anhebt und für deren Erwerb ein psychologisches Gutachten verlangt. Das Gesetz verbietet es Bürgern ausdrücklich, ihre Waffen anderswo als zu Hause zu tragen. Dies gewährleistet, dass nur die Bullen, Wachleute und paramilitärischen Todesschwadronen auf der Straße bewaffnet sind, was ihnen noch freiere Hand gibt bei ihrer Terrorherrschaft über landlose Bauern auf dem Lande und die Armen, insbesondere Schwarze, in den Favelas, den Elendsvierteln, die das Stadtbild durchziehen. Laut Amnesty International wurden im Bundesstaat São Paulo zwischen Januar und Oktober 2002 über 700 Menschen, überwiegend Schwarze, von den Bullen ermordet. Das neue Gesetz sieht



Eduardo/BG Press

Verhaftete Führer der Bewegung landloser Bauern nach Besetzung der Ranch von Ex-Präsident Cardoso, März 2002

auch eine nationale Volksabstimmung im Jahre 2005 vor mit dem Ziel, Schusswaffen überhaupt zu verbieten. *Nein zu Waffenkontrollgesetzen!*

Das Potenzial des brasilianischen Proletariats

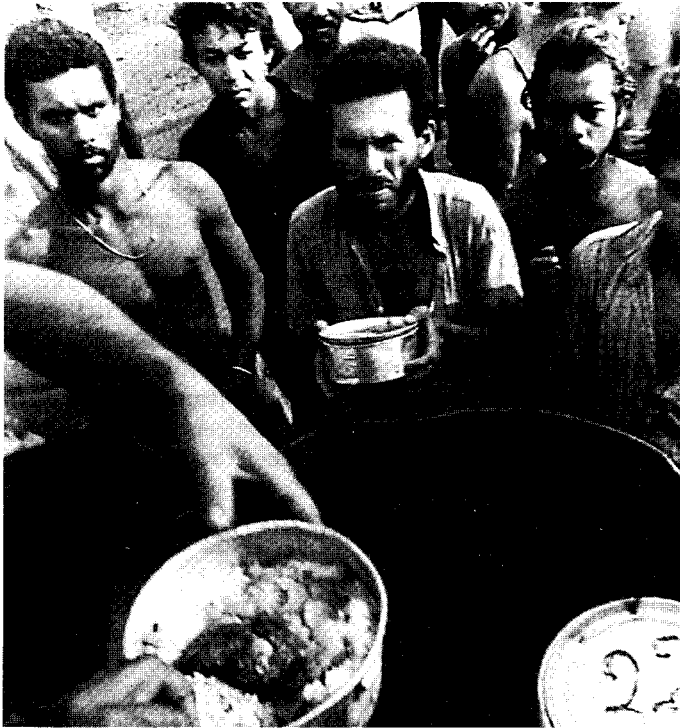
Brasilien ist ein riesiges Land mit 175 Millionen Einwohnern und der elftgrößten Wirtschaft der Welt; seine industrielle Infrastruktur macht es zum wirtschaftlichen Mittelpunkt Lateinamerikas. Brasilien ist ein Land der Extreme, nicht zuletzt was die Einkommensverteilung angeht. Während große ausländische Firmen wie der Autoriese Volkswagen mit ihren brasilianischen Fabriken Millionen Gewinne machen, hungert die verarmte Bevölkerung der armseligen und überbevölkerten Favelas. Der „Krieg gegen Drogen“ hat diese Favelas in Schießstände verwandelt, wo die Polizei Straßenkinder und die Armen niederknallt. Den konservativsten Schätzungen zufolge gibt es heute in Brasilien Hunderttausende von Meninos de rua (Straßenkinder), die um ihr Überleben kämpfen.

Auf dem Lande besitzt ein knappes Prozent der Bevölkerung 46 Prozent des bestellbaren Landes; über 4,8 Millionen ländliche Familien besitzen kein Land. Trotz des Mythos der Rassendemokratie ist Brasilien ein entsetzlich rassistisches Land, wo annähernd die Hälfte der Bevölkerung aus Schwarzen oder Mulatten besteht (die Regierung ist berüchtigt dafür, die Anzahl der Schwarzen herunterzurechnen) und als Bürger zweiter Klasse behandelt wird. Abtreibung ist illegal, außer bei Vergewaltigung.

Im letzten Jahrzehnt hat sich die Lage der arbeitenden Massen in Brasilien noch verschlechtert. Dies ist eine direkte Folge der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion 1991/92, welche die amerikanischen Imperialisten und ihre Rivalen dazu ermutigte, noch mehr Gewinne aus der halbkolonialen Welt herauszupressen. Von Lateinamerika über Asien bis Afrika ist die Zahl der Menschen, die von weniger als 2 Dollar pro Tag leben, enorm angestiegen, während ihre Regierungen dem IWF und der Weltbank Milliarden Dollars an Schuldentrückzahlungen in den Rachen werfen. In Ländern wie Argentinien ist die Industriearbeiterklasse selbst durch Entlassungen und Fabrikschließungen dezimiert und in Armut gestürzt worden. Ein Ausdruck dafür, wie sich die Lage der Arbeiterklasse und der Armen in Brasilien verschlechtert, ist die zunehmende Verbreitung der Schuldknechtschaft. Zahlreiche Organisationen dokumentieren den Einsatz von Sklavenarbeit in der Produktion brasilianischer Holzkohle wie auch auf den Viehfarmen, im Bergbau und beim Holzfällen.

Das ganze 20. Jahrhundert hindurch brachten enorme Investitionen ausländischen und staatlichen Kapitals in die brasilianische Wirtschaft eine moderne industrielle Infrastruktur hervor, die jedoch Seite an Seite mit rückständigsten Formen der Unterdrückung auf dem Lande und mit einem brutalen und instabilen politischen System existiert. Deshalb ist die nationale Kapitalistenklasse, obwohl sie die Staatsmacht innehat, dazu gezwungen, von den Krediten und Investitionen ihrer imperialistischen Herren zu leben.

Gleichzeitig würden die Imperialisten, wenn sie ihre finanziellen Interessen in Brasilien ernsthaft in Gefahr sähen, sei es durch ein aufständisches Proletariat oder durch nationalistische oder populistische Elemente, nicht zögern zu intervenieren. So fürchtete zum Beispiel die Regierung unter John F. Kennedy, aufgeschreckt durch die Kubanische Revolution von 1959 und das Scheitern der Schweinebucht-Invasion 1961, die Ausbreitung des „Castro-Kommunismus“ in ganz Lateinamerika, insbesondere in schrecklich armen Regionen wie dem Nordosten Brasiliens. Kennedy rief die „Allianz für den Fortschritt“



Ripper/Imagens de Terre

In Schuldknechtschaft gehaltene Brasilianer warten auf Lebensmittelrationen. Etwa 25 000 Menschen sind in Brasilien versklavt

ins Leben mit Versprechungen über „Aufbau der Nation“ und Hilfe für die Bedürftigen. Zu dem US-„Hilfs“paket gehörte auch die Ausbildung von brasilianischer Polizei und Sondereinheiten in der blutigen Kunst des „Aufspüren subversiver Elemente“ (d. h. Morde) und der „Massenkontrolle“ (d. h. Polizeiüberfälle). Kennedys Eingreifen in Brasilien gipfelte 1964 in dem militärischen Staatsstreich gegen die bürgerlich-nationalistische Goulart-Regierung. Dies war der Beginn von zwei Jahrzehnten totalitärer Diktaturen des Militärs und seiner Todesschwadronen.

Heute ist die brasilianische Bourgeoisie, an der Spitze einer zentral wichtigen Wirtschaft des Kontinents, bestrebt ihre untergeordnete Stellung zu überwinden und eine unabhängige imperialistische Macht zu werden. (Tatsächlich ist die Wirtschaft des brasilianischen Kapitalismus eine der wenigen der „Dritten Welt“, die eine eigene Flugzeugindustrie, EMBRAER, und sogar ein eigenständiges Raumfahrtprogramm zu unterhalten vermag.)

Die Lula-Regierung stellt auf dem Gebiet der Außenpolitik eine Reihe zaghaft nationalistischer Positionen zur Schau, insbesondere ihre Ablehnung der Zolltarife, die von der US-Regierung gegen brasilianische Stahlimporte verhängt wurden, und sie verließ erst kürzlich den Cancún-Gipfel der Welthandelsorganisation aus Protest gegen die Landwirtschaftspolitik der FTAA [Free Trade Area of the Americas – Gesamtamerikanische Freihandelszone]. Von Haus aus unfähig, sich dem imperialistischen System zu widersetzen, bietet Lulas Regierung symbolische Gesten der „Unabhängigkeit“ an – die ausreichen, um die arrogante Bush-Regierung in Rage zu versetzen – wie Lulas Besuch in Libyen und Syrien, wo er die „Beendigung der Besetzung“ des Irak forderte, oder wie der Beschluss, von allen Amerikanern, die in Brasilien einreisen, Lichtbilder anzufertigen und Fingerabdrücke zu nehmen, als Vergeltungsmaßnahme für die Behandlung, welche die US-Regierung Brasilianern und anderen zuteil werden lässt. Darüber hinaus unterzeichnete Lula vor kurzem ein Handelsabkommen mit China in Sachen Agrarindustrie, Technologie, Bauwirtschaft und Rohstoffe und schoss im letzten Oktober in einer Gemeinschaftsaktion einen Erdüberwachungssatelliten ins All.

Ungeachtet der Ambitionen der brasilianischen Kapitalisten und der nationalistischen Ideologie, die sie verbreiten, ist es die historische Realität in unserer Epoche, dass die imperialistischen Länder Nordamerikas, Westeuropas und Japan nicht gewillt sind, irgendein anderes Land zu einer größeren imperialistischen Macht aufsteigen zu lassen. Tatsächlich wurde die Tür zum Eliteklub der Imperialisten schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts zugeschlagen und nie wieder geöffnet. Südkorea und Argentinien zeigen dies auf dramatische Weise: Die gestern noch stetig „aufstrebenden Mächte“ wurden durch brutale Wirtschaftskrisen, hervorgerufen durch die Forderungen der Imperialisten, verwüstet.

Die Lösung für die wirtschaftliche Rückständigkeit, unter der die brasilianische Bevölkerung leidet, ist nicht in der „nationalen“ Entwicklung des Kapitalismus zu finden. Die einzige Lösung ist das trotzkistische Programm der *permanenten Revolution*. Nur eine sozialistische Revolution mit dem Proletariat an der Spitze kann damit beginnen, die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und alle Unterdrückten zu befreien. Der Kampf um proletarische Macht in Brasilien muss mit einer revolutionär-internationalistischen Perspektive der Arbeiterrevolution in der ganzen Region und in Nordamerika verbunden werden.

Im „Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution“ (1940) schrieb Trotzki:

„Süd- und Mittelamerika können sich nur durch den Zusammenschluß aller ihrer Staaten zu einer mächtigen Föderation aus der Rückständigkeit und Sklaverei reißen. Aber nicht die nachhinkende südamerikanische Bourgeoisie, eine total käufliche Agentur des ausländischen Imperialismus, sondern das junge südamerikanische Proletariat, der ausgewählte Führer der unterdrückten Massen, wird auf den Plan gerufen, diese Aufgabe zu lösen. Die Losung für den Kampf gegen Gewalt und Intrigen des Weltimperialismus und gegen das blutige Werk der einheimischen Kompradorencliquen lautet daher: Die *Vereinigten Sowjetstaaten Süd- und Mittelamerikas*.“

Und er fährt fort:

„Nur unter seiner eigenen revolutionären Führung ist das Proletariat der Kolonien und Halbkolonien fähig, eine unschlagbare Zusammenarbeit mit dem Proletariat der Metropolen und mit der Weltarbeiterklasse als Ganzes zu erreichen. Nur diese Zusammenarbeit kann

Fortgesetzt auf Seite 24

Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Bestellt!

IKL-Grundsatzklärung

erhältlich jetzt in 13 Sprachen, wie z. B. in Türkisch, Griechisch, Polnisch, Indonesisch und Chinesisch

Spartacist,
Deutsche Ausgabe
Nr. 20, Sommer 1998
€ 2,-

Zu beziehen über die Kontaktadresse



Brasilien...

Fortsetzung von Seite 23

die unterdrückten Völker durch den weltweiten Sturz des Imperialismus zur vollständigen und endgültigen Befreiung führen.“

Im heutigen Brasilien existiert eine soziale Macht aus Fleisch und Blut, die fähig ist, diese Perspektive zu verwirklichen: die Industriearbeiterklasse. Gegenwärtig kommen nur 9 Prozent des brasilianischen Bruttosozialproduktes aus der landwirtschaftlichen Produktion, während über 29 Prozent aus der Industrie kommen, vor allem aus der Metallverarbeitung und der Autoherstellung. Das brasilianische Proletariat mit seinem enormen schwarzen Bestandteil hat eine heroische Geschichte von Kämpfen und ist in starken Gewerkschaften organisiert. Mit seinen Händen an den Schalthebeln der Wirtschaft und mit der Macht, die Produktion stillzulegen, ist das brasilianische Proletariat die soziale Macht, die den Kampf im Interesse aller Unterdrückten anführen kann, von den städtischen Armen in den Favelas über die unterdrückten Frauen bis zu den landlosen Bauern. Dieser Kampf muss in einer Gesellschaft gipfeln, in der die, die arbeiten, herrschen: ein Arbeiterstaat.

Das Gewicht der brasilianischen Industrie auf dem Kontinent lässt erahnen, welchen elektrisierenden Effekt das brasilianische Proletariat in Aktion auf den Rest Lateinamerikas und die übrige Welt ausüben würde. Von den unruhigen bolivianischen werktätigen Massen und den unzufriedenen Arbeitern Argentiniens, einschließlich des riesigen Sektors der Arbeitslosen, bis zu den Arbeitern der mexikanischen Maquiladoras, von der multirassischen Arbeiterklasse der USA, insbesondere des eingewanderten Latino-Proletariats, bis zu dem schwarzen Proletariat Südafrikas könnte eine Arbeiterrevolution in Brasilien ein Katalysator für Klassenkampf weltweit sein. Andererseits könnte selbst in Brasilien angesichts des Ausmaßes internationaler Verflechtungen der modernen Wirtschaft eine isolierte Arbeiterrevolution nicht überleben und auch der Sozialismus könnte nicht errichtet werden, ohne die Revolution international auszuweiten, insbesondere auf impe-

rialistische Zentren wie die Vereinigten Staaten.

Wir Spartakisten kämpfen dafür, den Arbeitern Lateinamerikas das Verständnis zu vermitteln, dass sie keine gemeinsamen Interessen mit ihren „Landsleuten“ von der nationalen Bourgeoisie haben, sondern dass stattdessen ihre besten Genossen im Kampf gegen den Imperialismus die Arbeiter der Industrieländer wie der Vereinigten Staaten sein werden. Letztendlich können nur mit Beteiligung der Arbeiter in den imperialistischen Staaten der kapitalistische Imperialismus zerstört und die enormen Ressourcen dieser Länder in den Dienst der gesamten Menschheit gestellt werden. Es ist notwendig, die Arbeiter in Ländern wie den USA vom Einfluss ihrer chauvinistischen Gewerkschaftsführer, die sich für die Interessen des Imperialismus einsetzen, zu brechen und sie für eine internationalistische Perspektive des gemeinsamen Kampfes mit den Arbeitern aller unterdrückten Länder zu gewinnen.

Die Verantwortung der Linken

Die vier PT-Mitglieder, die aus der Partei ausgeschlossen wurden, weil sie im letzten Dezember gegen die Renten-„reform“ gestimmt haben, gehören alle dem „linken Flügel“ der PT an, der Berichten zufolge etwa 30 Prozent der Mitgliedschaft der PT und des Gewerkschaftsverbandes CUT beeinflusst. Die ausgeschlossene Senatorin Heloísa Helena und andere haben vor kurzem eine neue Partei gegründet, die die Traditionen der PT „zurückholen“ soll. Doch Arbeiter, die von Lula enttäuscht sind, haben etwas Besseres verdient, als alten Wein in neuen Schläuchen serviert zu bekommen.

Die PT ist eine sozialdemokratische Partei; das bedeutet, sie ist eine Organisation, deren Unterstützerbasis in der Arbeiterbewegung in Widerspruch steht zu ihrem programmatischen Ziel: den kapitalistischen Staat zu verwalten. In den 80er-Jahren vertraten die lokalen PT-Regierungen die Interessen der Bosse, sie arbeiteten bei Entlassungen, drastischen Budgetkürzungen und staatlicher Repression mit. Der bekannteste Fall war der von Luiza Erundina, der PT-Bürgermeisterin von São Paulo, die einen wichtigen Streik der städtischen Transportarbeiter brach. Ab 1999 stellte die PT vier Jahre lang den Gouverneur des Staates Rio Grande do Sul, wo sie die Kontrolle über die staatlichen Polizeikräfte hatte und das Austeritätsprogramm der Bundesregierung durchsetzte.

Wo waren diese so trefflichen „linken“ PTler während all dieser Jahre? Ein besonders grotesker Fall ist der des Ministers Miguel Rossetto, einer der prominentesten „linken“ PTler, Mitglied der Sozialistischen Demokratie, brasilianische Partnerorganisation des Vereinigten Sekretariats (VS), und gleichzeitig Lulas Minister für landwirtschaftliche Entwicklung – d. h. er hilft mit, *direkt den brasilianischen kapitalistischen Staat zu verwalten*. Unsere Genossen von der Ligue trotskyste de France schrieben in *Le Bolchévique* (Nr. 166, Dezember 2003):

„Miguel Rossetto ist ‚Minister für landwirtschaftliche Entwicklung‘ in einer Regierung, die weniger Land an die landlosen Bauern verteilt hat als alle Vorgängerregierungen, die José Rainha, den historischen Füh-



August 2003: 12 000 Autoarbeiter protestieren vor dem Volkswagenwerk bei São Paulo gegen drohende Entlassungen

rer der Bewegung landloser Bauern (MST) ins Gefängnis warf und die den gemieteten Killern der Latifundistas Straffreiheit gewährt. In der Novemberausgabe von *Lutte de classe*, Zeitung von Lutte Ouvrière, ist zu lesen: „Am 14. August annullierte der Oberste Gerichtshof ein Dekret, das die Enteignung von 13 200 Hektar für 500 Familien ermöglichte, und löste damit die Besetzung des Landes aus, was Miguel Rossetto zu der Erklärung veranlasste: „In einem demokratischen Rechtsstaat müssen die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs respektiert werden“...“

Wir lehnen aus Prinzip die Beteiligung an einem Exekutivorgan des bürgerlichen Staates ab, weil es bedeutet, Verantwortung für die Repression von Arbeitern und Unterdrückten zu übernehmen und sich daran zu beteiligen.“

Dies ist eine Spaltungsfrage, seit der französische Sozialist Millerand 1899 einen Ministerposten annahm. Die Debatte, die dieser Verrat in der marxistischen Bewegung auslöste, trieb die revolutionäre Marxistin Rosa Luxemburg dazu, ihre klassische Polemik von 1900, *Sozialreform oder Revolution*, zu schreiben. Die Bourgeoisie lässt „Sozialisten“ in ihre Regierungen unter der Voraussetzung, dass sie den Kapitalismus gegen seine Feinde verteidigen. Ein Regierungsamt anzunehmen heißt in der Praxis, die falsche Auffassung zu akzeptieren, dass die Arbeiterklasse sich der bürgerlichen Staatsmaschinerie bemächtigen und sie für ihre eigenen Zwecke nutzen kann. In Wirklichkeit zeigten die Lehren der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune von 1871, dass die Schalthebel der bestehenden kapitalistischen Staatsmacht nicht einfach von den Arbeitern übernommen und dazu benutzt werden können, das Proletariat zu befreien. Der bürgerliche Staat, das Exekutivkomitee der Kapitalistenklasse, besteht in seinem Kern aus Gruppen bewaffneter Menschen, die sich der Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verpflichtet haben. Er muss durch eine sozialistische Revolution zerschlagen und durch Organe der proletarischen Staatsmacht ersetzt werden, d. h. durch einen Arbeiterstaat.

Nun, da seine Kollegen von der Sozialistischen Demokratie, wie Heloísa Helena, aus der PT ausgeschlossen worden sind, weil sie gegen Lulas Angriff auf die Renten gestimmt haben, hat sich Rossetto dazu entschlossen, lieber an seinem Ministerposten festzuhalten. So sind die meisten der parlamentarischen Kretins von der Sozialistischen Demokratie mehr als bereit, sich in ihrer kleinen Nische innerhalb Lulas PT festzuklammern. Tatsache ist, dass Heloísa Helenas Stimmabgabe gegen die Rentenreform *der allgemeinen politischen Linie von Sozialistische Demokratie widersprach* – die anderen Parlamentarier der Tendenz stimmten dafür und zwei enthielten sich! Dies sollte jedem Mitglied des VS, das sich selbst als Sozialist oder wenigstens als Gegner der IWF-Maßnahmen versteht, genügen, um seiner Organisation mit Abscheu den Rücken zu kehren. Das sind die bitteren Früchte des „Arbeitens“ innerhalb einer Volksfront.

Im November 1994, als die Verbindung des VS mit Lulas PT noch Gegenstand internationalen „Stolzes“ war und das VS sich mit seinem „Einfluss auf die Massen Brasiliens“ brüstete, sagte der Sprecher der Internationalen Kommunistischen Liga, Joseph Seymour, bei einer öffentlichen Debatte mit dem VS-Führer Ernest Mandel:

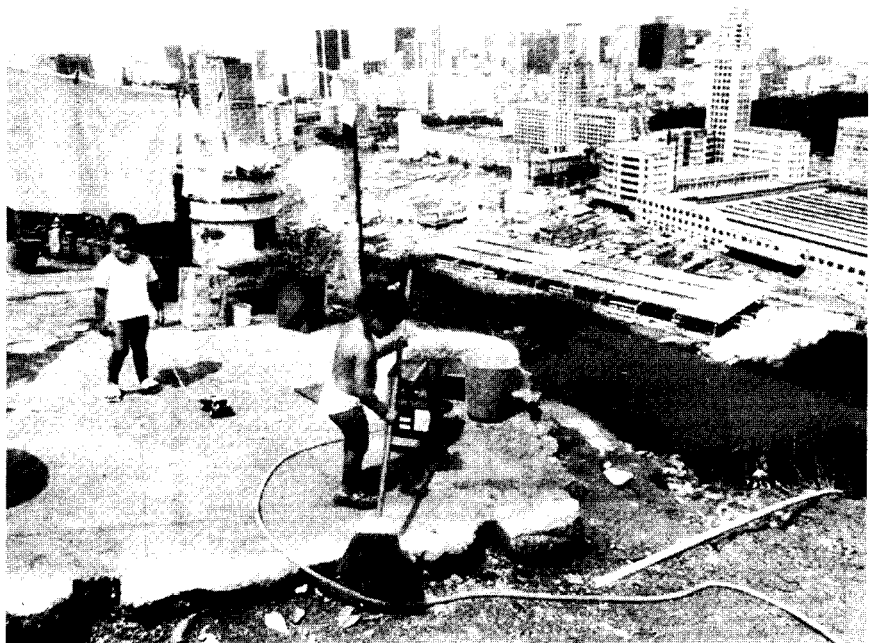
„Ihr habt nichts!... Weißt du, was ihr in

Brasilien habt? Ihr habt einen Haufen Apparatschiks für Lula! Wenn Lula morgen sagen würde: ‚Lehnt die Vierte Internationale ab, lehnt den Trotzismus ab, lehnt die Diktatur des Proletariats ab, oder ihr werdet ausgeschlossen‘, weißt du, was geschehen würde? Die Hälfte von euch würde ausgeschlossen werden, die andere Hälfte würde den Trotzismus ablehnen“. („Debatte: Spartacist League kontra Ernest Mandel“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 17, Frühjahr 1996)

Die Mehrheit der Führer der „linken“ Tendenz in der PT gehört anderen Organisationen an, die zynischerweise behaupten, trotzkistisch zu sein. Luciana Genro und João Batista Araújo (Babá) zum Beispiel gehören verschiedenen Strömungen an, die Anhänger des verstorbenen pseudo-trotzkistischen argentinischen Caudillos Nahuel Moreno sind. Aber die PT mit ihren internen Strömungen ist nicht die einzige Organisation der brasilianischen Arbeiterbewegung. Die Partido Socialista dos Trabalhadores Unificado (PSTU), brasilianische Sektion der morenistischen Tendenz, ist eine andere Gruppe, die aus der Desillusionierung unter Arbeitern Kapital schlagen will, indem sie sich als die linke Alternative zur PT darstellt. Im ersten Durchgang der Wahlen 2002 hatte die PSTU unabhängige Kandidaten aufgestellt und erhielt über 400 000 Stimmen und die Unterstützung eines Großteils der so genannten „extremen Linken“ in Brasilien. Jedoch stimmte die PSTU im zweiten (und entscheidenden) Wahlgang für Lulas Volksfront.

In der Tat unterscheiden sich die Wahlbroschüren von Zé Maria, Präsidentschaftskandidat für die PSTU, von denen Lulas nur durch ihre noch nationalistischere Rhetorik. Weit davon entfernt, ihre Wahlkampagne dazu zu benutzen, den Schwindel der bürgerlichen „Demokratie“ zu entlarven, versprach die PSTU ausdrücklich, den kapitalistischen Staat angeblich zum Wohle der besitzlosen Mehrheit zu verwalten. Der aufschlussreichste Teil ihres Wahlprogramms ist jedoch der umfangreiche Abschnitt über „öffentliche Sicherheit“, wo sie versprechen, brasilianische Polizei und Armee „demokratischer Kontrolle“ durch die Bevölkerung zu unterwerfen. Als Kernelemente des bürgerlichen Staates können Polizei und Armee niemals reformiert werden, um den Interessen der Arbeiter und Unterdrückten zu dienen.

Fortgesetzt auf Seite 26



Der Spiegel

Slums mit Aussicht auf Rio de Janeiros Wolkenkratzer werfen Schlaglicht auf massive Ungleichheit. Nur in wenigen Teilen der Erde ist die Kluft zwischen Arm und Reich so groß wie in Brasilien

Brasilien...

Fortsetzung von Seite 25

Darüber hinaus forderte die PSTU in ihrem Wahlprogramm von 2002, ganz im Einklang mit ihrer reformistischen Politik, die Gehälter und die Arbeitsbedingungen der Polizei zu verbessern, und beklagte, dass es der Polizei derzeit an „Sicherheitsausrüstung wie kugelsichere Westen und sogar [an] Handschellen und Munition“ mangle.

Vergessen wir nicht, dass wir über die rassistische brasilianische Polizei sprechen, die ihre kugelsicheren Westen trägt, um „sicher“ (für die Bullen) Arbeiterdemonstrationen zu unterdrücken, ihre Handschellen benutzt, um Bauernkämpfer zu fesseln, und ihre Munition verschießt, um Straßenkinder zu ermorden! Für jeden, der beansprucht, Marxist zu sein, muss als eine Grundwahrheit feststehen, dass die Polizei kein Teil der Arbeiterbewegung ist, sondern die Bluthunde des bürgerlichen Staates!

Letztendlich war es Arbeitsteilung im Interesse der Klassenkollaboration: Die PSTU benutzte ihren beträchtlichen Einfluss unter Arbeitern, um das „proletarische“ Renommee der PT aufzupolieren; die PT wiederum ordnete die Arbeiter der Bourgeoisie unter, in einer kapitalistischen Volksfrontregierung, die jetzt die Austeritätspläne des IWF durchsetzt. Die PSTU trägt ihren Teil der Verantwortung für die arbeiterfeindlichen Maßnahmen des Lula-Regimes.

Eine weitere Organisation der brasilianischen Linken, die Liga Bolchevique Internacionalista (LBI), zeichnet sich dadurch aus, dass sie ihren Reformismus mit revolutionärer Phrasendrescherei und *widerwärtigem Antisemitismus* ummântelt (siehe „The Brazilian LBI: Centrism of Fools“ [Die brasilianische LBI: Zentrismus des dummen Kerls], *Workers Vanguard* Nr. 806, 4. Juli 2003). Die LBI prangerte mit Recht Lulas Volksfront an und weigerte sich, der reformistischen PSTU irgendwelche Unterstützung zu geben, wobei sie diese insbesondere wegen der Position, die Polizei zu reformieren, kritisierte. Aber in Wirklichkeit lehnt die LBI Volksfronten nicht aus Prinzip ab, wie ihre Unterstützung für die PT bei den Wahlen von 1989 zeigt.

Als im September 2001 der kriminelle Anschlag auf das World Trade Center stattfand, beschrieb ihn die LBI als einen legitimen Akt „von Seiten islamischer Kämpfer, die militärisch auf den permanenten Krieg antworteten, mit

dem der Imperialismus die Völker und unterdrückten Nationen des Nahen Ostens überzieht, indem sie die unkonventionellen ‚militärischen‘ Mittel einsetzten, die ihnen zur Verfügung standen“ (*Jornal Luta Operária*, September 2002). Die LBI verstieg sich dazu, zu behaupten, die Arbeiter, die bei dem Anschlag auf das WTC getötet worden waren, seien eine „Minderheit“ unter lauter „CIA-Agenten“ gewesen (*Marxismo Revolucionário*, Dezember 2001)!

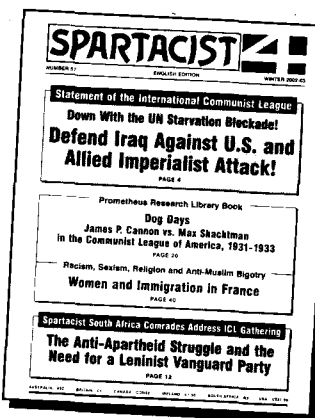
Was die Bullen angeht, so beklagt sich die LBI in einer Polemik gegen uns in derselben Ausgabe von *Marxismo Revolucionário* bitterlich: „Am unglaublichsten ist, dass diese Tendenz [die IKL] die Positionen der LBI grob entstellt, wenn sie uns beschuldigt, die Polizei zu verteidigen oder die Ansicht zu vertreten, die Polizei sei Teil der Arbeiterklasse. Eine groteske Lüge gegen die LBI.“ Wirklich? Sie rezitieren scheinheilig: „Keine Unterstützung für den reaktionären Polizeistreik“ („Streik in der Polizei“, *Marxismo Revolucionário*, Dezember 1997), gleichzeitig erklärt die LBI in rührender Weise, „die Forderungen der Polizei zu unterstützen ist nicht die beste Art, einen offenen Riss innerhalb der herrschenden Klassen herbeizuführen“. Und dann gehen sie daran, eine „bessere“ Methode vorzuschlagen: „Für die Bildung roter Gewerkschaften innerhalb der Truppen der Streitkräfte und der Militärpolizei!“ In der brasilianischen Stahlstadt Volta Redonda kandidierte die LBI 1996 für die Führung (und erlangte auch die Kontrolle) einer bullenverseuchten Gewerkschaft der städtischen Arbeiter. Ihr Führer, Artur Fernandes, war ein unerschütterlicher Verfechter der Ansicht, man müsse die Bullen in der Gewerkschaft belassen. **Bullen raus aus den Gewerkschaften!**

Als es um die Kontrolle über die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter in Volta Redonda ging, war der verrottete Blockpartner der LBI Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (LM/LQB), die später von der winzigen Internationalist Group von Jan Norden als brasilianischer Ableger aufgenommen wurde. Ein LQB-Unterstützer und Ex-Bulle, Geraldo Ribeiro, kandidierte für den Posten des Vorsitzenden und gewann mit einer Mehrheit der Bullenstimmen. Die IKL bestand darauf, dass LM/LQB entsprechend ihrer erklärten Übereinstimmung mit unserem Programm handeln und daran gehen müsse, die Bullen aus der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter zu entfernen. Doch nach einer ausreichend langen Diskussionsperiode

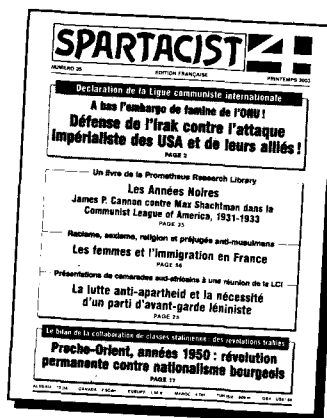
SPARTAKIST

Organ des revolutionären Marxismus

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert *Spartacist* die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.



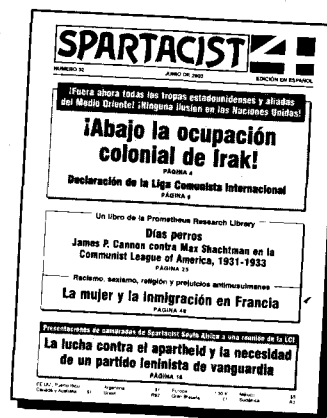
English edition No. 57
(40 pages) US \$1.50



Edition français n° 55
(56 pages) 1,50 €



Deutsche Ausgabe Nr. 23
(48 Seiten) € 1,50



Edición en español No. 32
(48 páginas) 1,50 €

Preise zuzüglich Porto; vorhergehende Ausgaben erhältlich. Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 23555, 10127 Berlin

brachen wir die brüderlichen Beziehungen zur LQB wegen ihres prinzipienlosen Gewerkschaftsopportunismus ab (siehe „Abbruch brüderlicher Beziehungen zu Luta Metalúrgica“, *Spartakist* Nr. 124, September/Oktober 1996). Als später der verrottete Block der LQB mit der LBI auseinander brach, schleifte jede Seite die Gewerkschaft vor die Gerichte der Bosse, um ihre Gewerkschaftsposten behalten zu können.

Für eine leninistische Partei in Brasilien!

Immer häufiger nennen die Arbeiter die PT „Partido dos Traidores“ [Verräterpartei]. Brasilien mit seiner riesigen, durch die gebrochenen Versprechen der Volksfront zunehmend desillusionierten Arbeiterklasse, mit der Bauernbewegung, die verzweifelt um Land kämpft, und mit seiner höchst instabilen politischen Situation verspricht der Schauplatz heftiger Klassenkämpfe zu werden. Doch für die Bourgeoisie gibt es keine ausweglose Lage; es ist wirklich notwendig, sie aktiv rauszuschmeißen.

Die Lage in Brasilien veranschaulicht machtvoll Leo Trotzki's Feststellung im Übergangsprogramm von 1938: „Die politische Weltlage als Ganzes ist vor allem durch eine historische Krise der proletarischen Führung gekennzeichnet.“ Wir Marxisten der IKL haben das Verständnis, dass man, um das revolutionäre Potenzial des brasilianischen Proletariats zu entfesseln, eine revolutionäre internationalistische Partei schmieden muss. Eine solche Partei würde darum kämpfen, die proletarische Basis der PT von ihrer gegenwärtigen Führung zu brechen, als Teil des Kampfes für die Herrschaft der Arbeiterklasse, und dabei Intellektuelle und Studenten, die für die Seite des Proletariats gewonnen wurden, mit den fortgeschrittensten Elementen der Arbeiterklasse zu verschmelzen.

In einem Manifest vom 7. September 2003 erklärte die PSTU: „Wir brauchen eine neue Partei, um die brasilianische Linke zu vereinigen.“ Im Gegensatz zu den brasilianischen Pseudotrotzkisten kämpfen wir darum, eine *leninistische Avantgardepartei* aufzubauen. Ihre „neue Massenpartei“ ist in Wirklichkeit eine alte reformistische Idee: Kautskys „Partei der Gesamtklasse“. Es war einer von Lenins wichtigsten Beiträgen zur marxistischen Bewegung, als er erkannte, dass die *Vorbedingung* für eine erfolgreiche proletarische sozialistische Revolution ein *Bruch mit den Opportunisten* in der Arbeiterbewegung ist, mit den Arbeiterleutnants des Kapitals in den Gewerkschaften und mit den „sozialistischen“ Parlamentariern, die am Rockzipfel der Bourgeoisie hängen.

Wir kämpfen für eine authentisch marxistische Partei, die für die Rechte aller Unterdrückten eintritt – Schwarze, Frauen, Homosexuelle, Bauern –, mit einem Klassenkampfprogramm, dessen Verpflichtung es ist, die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen. In Brasilien haben schwarze und mulattische Arbeiter, obwohl sie unter äußerster rassistischer Unterdrückung leiden, als Teil des Proletariats enorme potenzielle soziale Macht.

Eine revolutionäre Partei muss danach trachten, „Volkstribun“ zu werden; das heißt dazu fähig zu sein, in der Praxis in allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens den Vorurteilen der herrschenden Ideologie die befreienden Gedan-



September 2003, WHO-Treffen, Cancún: Mexikanische Polizei überfällt demonstrierende Globalisierungsgegner

ken des Kommunismus entgegenzustellen: gegen den in Brasiliens katholischer Gesellschaft vorherrschenden männlichen Chauvinismus; Kampf um Frauenbefreiung als zentrales Element des Parteiprogramms, Kampf für kostenlose und legale Abtreibung und gegen Diskriminierung von Schwulen; Kampf gegen tief verwurzelten Rassismus, Hochhalten des Banners der Schwarzenbefreiung und Kampf zur Verteidigung von Bauern und Ureinwohnern des Landes gegen die brutale Ausrottungskampagne der Grundbesitzer und Viehzüchter. Eine solche Partei muss im Kampf gegen die beschränkte und ökonomistische Perspektive der prokapitalistischen Arbeiterbürokratie aufgebaut werden. Sie muss sich an die Spitze der Kämpfe aller Unterdrückten stellen, als Bestandteil des Kampfes zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse durch Zerschlagung der Herrschaft der Bosse, und dabei die gewaltigen Ressourcen und Kräfte des Landes in den Dienst der dringlichsten menschlichen Bedürfnisse stellen. Diese Perspektive ist notwendigerweise internationalistisch und ist Teil des Kampfes zur Wiederschmiedung der Vierten Internationale, um neue Oktoberrevolutionen anzuführen. Es ist die Perspektive der Internationalen Kommunistischen Liga.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 818, 23. Januar 2004

Abonniert!

Zeitung der
Grupo
Espartaquista
de México

4 Ausgaben
€ 4,-

Bestellt bei:
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



SPARTAKIST

Brasilien



Fotos: AP

Oben: Zehntausende brasilianischer Arbeiter demonstrieren im Juni 2003 gegen angedrohte Rentenkürzungen der Lula-Regierung, die im Dezember in Kraft traten. Einschub: Lula begrüßt imperialistischen Aufseher Bush

Lulas Volksfront legt Arbeitern die Daumenschrauben an

Den folgenden Artikel schrieben unsere Genossen der Grupo Espartaquista de México, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

Der ehemalige Metallarbeiter Luiz Inácio „Lula“ da Silva, einst einer von Lateinamerikas prominentesten Arbeiterführern, ist nun Präsident von Brasilien und löste im Verlauf des vergangenen Jahres penibel all die Versprechen ein, die er ... den brasilianischen Kapitalisten und deren imperialistischen Oberherren gegeben hatte. Lulas Regierung hat ihre enorme Autorität in der Arbeiterbewegung dazu benutzt, der verarmten brasilianischen Bevölkerung viele der Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) aufzubürden, was seinen Vorgängern nicht gelungen war.

Lulas Partido dos Trabalhadores (PT – Arbeiterpartei) hat ihren Ursprung in dramatischen Arbeiterkämpfen gegen die Militärdiktatur in den späten 70er-Jahren und wurde im Februar 1980 gegründet. Als Lula 2002 zum Präsidenten ge-

wählt wurde, glaubten viele Arbeiter in Brasilien, nun sei endlich einer der Ihren an die Macht gekommen und würde ihre Interessen vertreten. Doch ihre Hoffnungen wurden zunichte gemacht. Die Koalition, die Lula an die Macht brachte, ist ein Beispiel dessen, was die Stalinisten eine „Volksfront“ nennen, was wir Marxisten aber als Bündnis der Klassenzusammenarbeit kennen, in dem sich eine oder mehrere Arbeiterparteien bürgerlichen Kräften anschließen, um im Interesse der Kapitalisten zu regieren.

In diesem Fall ging die größte Arbeitermassenpartei, die PT, zusammen mit den beiden zahlenmäßig recht großen Kommunistischen Parteien, den alten Stalinisten von der PCB und der ehemals proalbanischen PCdoB, eine Koalition mit der Liberalen Partei von José Alencar ein, dem Besitzer von Coteminas, Brasiliens größtem Textilkonzern. Alencars Liberale Partei ist nicht irgendeine bürgerliche Formation; sie ist politischer Arm eines Vereins der

Fortgesetzt auf Seite 21

**Nein zu Klassenzusammenarbeit!
Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!**